



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 21. September 2020**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

44. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr.
Ende der Sitzung: 19.06 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 43. Sitzung des Gemeinderates vom 06.07.2020 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):
Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

Christian Fila	DI. Gunter Haydinger	Christiane Kroiß
Dietmar Marehard	Mark Paulusberger	Elke Ruetz
Egon Schatzmann	Ralph Schäfer, BSc	Ronald Schiefermayr
Ingo Spindler	Ing. Olivera Stojanovic, BSc	Georg Taitl
Sandra Wohlschlager		

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):
Klaus Hoflehner Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat	Stefan Ganzert	Mag. Bernhard Humer
Mag. Daniela Schindler	Laurien Scheinecker, BA	KR. Karl Schönberger
Mag. Klaus Schinninger		Barbara Wildfellner

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):
Peter Lehner

Gemeinderäte:

Stefan Haböck	Augustine Hacker	Dr. Peter Csar
Andreas Weidinger	Markus Wiesinger	Walter Zaunmüller

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:
Mag. Walter Teubl

NEOS

Gemeinderat:
Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaler
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Christian Kittenbaumer, GR. MMag. Stefanie Rumersdorfer, GR. Mag. Peter Sönsler

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 09.09.2020 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfragen

Anfrage von GR. Mag. Daniela Schindler gemäß § 10 GOGGR an StR. Margarete Josseck-Herdt betreffend Personalsituation in Welser Kinderbetreuungseinrichtungen
Verf-015-W-15-2020

StR. Josseck-Herdt: Die Anfrage der SPÖ-Gemeinderatsfraktion werde ich nun wie folgt beantworten:

1. Bei wie vielen Pädagoginnen in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen wurde ab März 2020 das Beschäftigungsverhältnis gelöst?

Antwort: Im Zeitraum von 01.03. bis 31.07.2020 wurden 9 Beschäftigungsverhältnisse von pädagogischem Fachpersonal gelöst.

- Wie unterteilt sich das Verhältnis in Lösung durch Dienstgeberin, Dienstnehmerin, einvernehmlich bzw. bei wie vielen davon lief ein befristeter Vertrag aus?

Antwort: Bei 1 Mitarbeiterin ist die Probezeit abgelaufen, es gab 7 Dienstnehmerinnen-Kündigungen (4 davon wegen Pensionierung) und den Ablauf 1 befristeten Aushilfevertrages.

- Welches Stundenausmaß umfassten diese Lösungen pro Dienstnehmerin?

Antwort: 4 Mitarbeiterinnen mit 25 Stunden, 1 Mitarbeiterin mit 30 Stunden und 4 Mitarbeiterinnen mit 40 Stunden.

2. Bei wie vielen Helferinnen in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen wurde ab März 2020 das Beschäftigungsverhältnis gelöst?

Antwort: Im Zeitraum vom 01.3. bis 31.07.2020 wurden 6 Beschäftigungsverhältnisse von Helferinnen gelöst.

- Wie unterteilt sich das Verhältnis in Lösung durch Dienstgeberin, Dienstnehmerin, einvernehmlich bzw. bei wie vielen davon lief ein befristeter Vertrag aus?

Antwort: Bei 2 Mitarbeiterinnen ist die Probezeit abgelaufen, es gab 2 Dienstnehmerinnen-Kündigungen (1 davon wegen Pensionierung), den Ablauf 1 Befristung eines Aushilfevertrages und 1 einvernehmliche Lösung.

- Welches Stundenausmaß umfassten diese Lösungen pro Dienstnehmerin?

Antwort: 1 Mitarbeiterin mit 20 Stunden, 2 Mitarbeiterinnen mit 25 Stunden, 2 Mitarbeiterinnen mit 35 Stunden und 1 Mitarbeiterin mit 40 Stunden.

3. Wie viele Integrationsgruppen gibt es aktuell in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen?

Antwort: In den städtischen Kindergärten werden im Arbeitsjahr 2019/20 12 Gruppen als Integrationsgruppen geführt. In den Horten werden 6 Gruppen als Integrationsgruppen geführt.

4. Wie viele dieser Integrationsgruppen sind gesetzeskonform besetzt und für wie viele Integrationsgruppen gibt es vom Land Oberösterreich Ausnahmegewilligungen, durch welche statt der Stützpädagogin eine Stützhelferin eingesetzt ist?

Antwort: Alle Integrationsgruppen in den städtischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen (KBBE) sind gesetzeskonform besetzt. Somit wurden keine Ausnahmegewilligungen für Assistenzkräfte beantragt.

- Welche Zeiträume umfasst bzw. umfasste die nicht gesetzeskonforme Besetzung pro Gruppe?
- Welche Zeiträume umfasst bzw. umfasste die Ausnahmegewilligung pro Gruppe?

Antwort: Keine.

5. Wie viele Integrationsgruppen wurden bzw. werden aktuell nur von einer Pädagogin und ohne Helferin geführt?

Antwort: Keine.

- Welche Zeiträume umfasst bzw. umfasste dies pro Gruppe?

Antwort: Keine.

6. In wie vielen Integrationsgruppen wurden bzw. werden die Stützkraftstunden durch die Einrichtungsleiterin abgedeckt?

Antwort: In einer Integrationsgruppe im KG Herminenhof wurden von Mai bis Juli die Stützkraftstunden durch die Leitung abgedeckt. Im KG Herminenhof werden 4 Gruppen von der für Kinderdienststunden freigestellten Leitung entgegen der Empfehlung des Landes die Leitung erst ab einer 5-gruppigen Einrichtung frei zu stellen geführt. Aufgrund der geringeren Kinderzahl durch die Corona-Maßnahmen sowie der zur Verfügung stehenden Stunden der Leitung wurden die für die Assistenzkraft für Integration zugeteilten 16 Wochenstunden durch die Einrichtungsleitung im Rahmen ihrer Kinderdienststunden abgedeckt.

Wie geplant wird durch einen Wechsel ab 01.09.2020 eine neue Mitarbeiterin die Aufgaben der Assistenzkraft im KG Herminenhof übernehmen.

7. Inwieweit werden den Pädagoginnen zusätzliche Vorbereitungsstunden für die Erstellung der Förderpläne abgegolten, wenn diese nicht durch eine Stützpädagogin erbracht werden können?

Antwort: Es werden keine zusätzlichen Vorbereitungsstunden abgegolten, da diese wieder in unsere Dienstanweisung Nr. 168/2015 noch im Handbuch für Integration vorgesehen sind.

8. In welchem Maß wird die durch die Corona-Maßnahmen aufgewandte Zeit durch zusätzliche Personaleinheiten sowohl in den Gruppen als auch bei den Einrichtungsleitungen kompensiert?

Antwort: Über den gesamten Zeitraum vom 16.03.2020 bis zum Zeitpunkt der Anfrage (25.06.2020) lag die Anzahl der betreuten Kinder aufgrund der Corona-Einschränkungen bei ca. 20 % des Normalbelages. Dadurch ergaben sich trotz der durch die Sicherheits- und Hygienerichtlinien erhöhten Aufwände bei der Betreuung der Kinder (z.B. vermehrtes Händewaschen) und den organisatorischen Aufwendungen, wie die Führung von Kleingruppen, ausreichend Personalreserven und Synergien, um diese mit den bestehenden Personalressourcen zu bewältigen.

9. In wie vielen Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Wels (inkl. Horten) wird aktuell noch mit weniger Personaleinsatz gearbeitet?

Antwort: Zum Zeitpunkt der Anfrage waren 10 Stellen in den städtischen KBBE unbesetzt. Diese konnten jedoch aufgrund der Corona-bedingten geringeren Belagszahlen kompensiert werden und somit war in allen KBBE der Mindestpersonaleinsatz nach dem OÖ. KBBG gegeben.

- Bitte um Aufschlüsselung nach Einrichtung und Ausmaß

Antwort: Kindergarten Laahen 40 h
Kindergarten Lichtenegg 30 h
Kindergarten Noitzmühle 20 h
Kindergarten Expo Noitzmühle 25 h
Kindergarten Pernau 25 h
Kindergarten Siebenbürgerstraße 30 h
Kindergarten Wimpassing 20 h
Hort Neustadt 40 h
Hort Vogelweide 20 h
Hort Wimpassing 20 h

- Ab wann werden wieder alle Stellen besetzt sein?

Antwort: Geplant war die Besetzung der unbesetzten Stellen zum Start des Arbeitsjahres 2020/2021. Es finden laufend Bewerbungsgespräche für noch einige offene Stellen statt, die in absehbarer Zeit besetzt sein werden.

70 Stunden Sprachförderung (incl. 3-Jährige)
40 Stunden Hortpädagogin
25 Stunden Stützkraft
20 Stunden für eine zusätzliche Fachkraft im Hort.

Bgm. Dr. Rabl: Danke der Referentin.

Aktuelle Stunde

Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion hat zur Aktuellen Stunde das Thema „Stationäres Hospiz“ bekanntgegeben.

StR. Josseck-Herdt: Die Themen Tod und Sterben werden in unserer Kultur gerne ausgeklammert. Ähnlich verhält es sich mit den Begriffen Palliativstation und Hospiz. Wenn schon tot, dann schnell und schmerzlos.

Spätestens wenn ein Mensch im Familienkreis die Diagnose „austherapiert“ erhält, kann man den Begriff Hospiz nicht mehr ausklammern. Ich möchte heute zum Thema Stationäres Hospiz etwas sagen.

Stationäre Hospize sind spezialisierte Versorgungseinrichtungen für unheilbar Kranke und Sterbende und stellen eine wichtige Ergänzung zur ambulanten und familiären Versorgung dar. Seit dem Jahr 2005 besteht zwischen dem Bund und den Bundesländern Einvernehmen darüber, dass eine flächendeckende Versorgung im Hospiz und Palliativbereich umgesetzt werden soll. In Wels leisten seit mehr als 20 Jahren die Mitarbeiter – darunter sind sehr viele Ehrenamtliche – der Hospizbewegung Wels großartige Arbeit. Sie begleiten Menschen in ihrer letzten Lebensphase, lindern ihre Schmerzen und ermöglichen den unheilbar Kranken ein würdevolles Sterben.

Sie stehen auch den Angehörigen in dieser schweren Zeit zur Seite und unterstützen sie bei der Betreuung. Diese Betreuung der Hospizbewegung Wels findet ambulant, zu Hause in wertvoller Ergänzung der familiären Versorgung statt. Viele Kranke können aber nicht zu Hause gepflegt werden, weil sie alleine leben oder weil sie wegen der weit fortgeschrittenen Erkrankung daheim nicht mehr in ausreichender Form medizinisch und psychisch betreut werden können. Für diese Menschen ist die Betreuung in einem stationären Hospiz dringend notwendig.

Die Stadt Wels, im Besonderen die Seniorenbetreuung und Frau Vzbgm. Huber in ihrem Referat, hat seit dem Jahr 2016 schon mehrmals in enger Zusammenarbeit mit der Hospizbewegung Wels beim Land Oberösterreich den Bedarf für ein stationäres Hospiz angemeldet. Im Jahr 2017 wurde die Situierung eines stationären Hospizes im Komplex des Klinikums Wels ins Auge gefasst und es gab Gespräche mit dem Land Oberösterreich. Eine Zusage des Landes war leider nicht zu bekommen. Mittlerweile stehen diese Räumlichkeiten im Klinikum auch nicht mehr zur Verfügung.

Bei der Suche nach einem neuen Standort wurde innerhalb der Seniorenbetreuung und der Hospizbewegung der Fokus auf das Altenheim Noitzmühle gerichtet. Es gibt viele Gründe, die dafür sprechen, dass im Altenheim Noitzmühle ein stationäres Hospiz für bis zu sechs Personen integriert werden könnte, weil wertvolle Synergien und die vorhandene Infrastruktur genutzt werden können. Das Haus Noitzmühle hat sich seit der Eröffnung im Jahr 2015 einen hervorragenden Ruf in der Palliativ- und Hospizbetreuung erarbeitet. Dieser ist der hohen Kompetenz aber auch dem Engagement und der ständigen Weiterbildung der Mitarbeiter des Bereichs Palliativcare geschuldet. Die technische Ausstattung, die räumlichen Voraussetzungen, die Qualität der Infrastruktur sind vorhanden. Vor allem werden die Qualitätskriterien der Personalqualifikation erfüllt.

Eine hohe Lebensqualität für Sterbende in einem häuslichen alltagsnahen Umfeld, was mitunter das Wichtigste ist, kann hier gewährleistet werden. Das Haus Noitzmühle mit einem stationären Hospiz könnte ein wichtiger Beitrag zur Sicherstellung der palliativmedizinischen Versorgung der Region werden.

Die Gesundheitsdirektion hat allerdings erst für das Jahr 2027 eine Zusage in Aussicht gestellt. Diese Umsetzungsfrist ist meiner Meinung nach viel zu lang. Im Haus Noitzmühle sind schon jetzt alle Voraussetzungen für die Einrichtung gegeben. Es gibt also keinen Grund zu warten.

Im Oktober haben wir einen neuerlichen Gesprächstermin vom Land Oberösterreich erhalten, nachdem der Frühlingstermin dem Corona-Virus zum Opfer gefallen ist. Bei diesem Termin werden wir (Vzbgm. Huber, StR. Lehner und ich) der Gesundheitsdirektion unser Konzept vorlegen und mit Nachdruck eine rasche Zusage des Landes einfordern. Ich hoffe auf ihre Unterstützung, denn es ist so wichtig, wenn sie sich den Grundsatz der Welser Hospizbewegung anhören, den ich jetzt zitieren werde, dann wissen sie warum: „Wir wollen nicht dem Leben mit allen Mitteln mehr Stunden sondern den Stunden mit allen Möglichkeiten mehr Leben mit Würde geben.“

Danke für ihre Unterstützung.

Vzbgm. Huber: Als Gesundheitsreferentin kann ich dieses Anliegen ja nur unterstützen und deine Ausführungen unterstreichen. Auch ein Dank der SPÖ-Fraktion an die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter der Hospizbewegung.

Bereits im Oktober 2017 gab es auf Initiative der SPÖ-Fraktion einen Initiativantrag der SPÖ-, ÖVP- und FPÖ-Fraktion betreffend Gründung und Installierung eines stationären Hospizes in Wels. Damals haben wir dem Land Oberösterreich ein wirklich sehr gutes Konzept des Klinikums und der Hospizbewegung Wels vorgelegt. Es gab mehrere Gesprächstermine. Zuerst wurden wir auf die Evaluierung des damals neu eröffneten St. Barbara-Hospizes vertröstet bis Ende 2018. Dann wurden wir vertröstet wegen noch offene Finanzierungsfragen zwischen dem Land und der GKK. Immer wieder gab es von mir telefonische Kontaktaufnahmen mit Herrn Dr. Stöger von der Abteilung Gesundheit. Basierend auf unserem damaligen Initiativantrag drängten wir auf schnelle Umsetzung eines stationären Hospizes. Wels wird eines bekommen, das ist richtig. Vor zwei Wochen versicherte mir dies Dr. Stöger. Dazu gibt es heute auf Landesebene einen Termin unter den Beamten. Am 19.10.2020 werden wir gemeinsam vorstellig werden.

Aber es kann - wie du sagst - fünf Jahre dauern. Es wird fünf stationäre Hospize in Oberösterreich geben. Dr. Stöger meinte, ein bis zwei sind im Jahr machbar. Man muss sich anschauen, welche Mittel vorhanden sind. Das dauert natürlich schon noch sehr lange.

Die Räumlichkeiten im Klinikum Wels stehen leider nicht mehr zur Verfügung. Aber das Klinikum Wels versicherte mir – ich sprach mit Mag. Timmerer – ist nach wie vor interessiert an einer engen Kooperation. Er wartet auch auf das Konzept, welches du mit Frau Mag. Geck bereits fertiggestellt hast. Ich denke mir, es ist eine gute Lösung im dortigen Standort Noitzmühle die stationäre Hospiz zu etablieren. Vorausgesetzt natürlich, dass wir im Bereich der Alten- und Pflegeheime genügend Plätze haben. Auch wenn wir bereits in den Alten- und Pflegeheimen sehr viele Menschen hospizmäßig betreuen, muss man aber bedenken, wir sollen und müssen jüngere Menschen dann aufnehmen. Also wichtig ist bei diesem Thema gemeinsam dran zu bleiben. Ich ersuche alle uns zu unterstützen. Die Landesrätin Haberlander ist dafür zuständig, daher eine Bitte an dich Peter Lehner, hier vorstellig zu werden und gemeinsam dafür zu kämpfen, dass wir endlich ein stationäres Hospiz in Wels bekommen.

GR. Weidinger: Auch der ÖVP Wels ist es ein besonderes Anliegen zum Thema Hospiz etwas weiter zu bringen. Es gibt einen Spruch: „Der Tod gehört zum Leben wie die Geburt“. Die Geburt eines Kindes ist ein freudiges Ereignis. Der Tod ist verbunden mit Leid und tiefer Trauer. Jemanden zu verlieren bedeutet Schmerz und löst bei vielen Menschen eine zurückbleibende innere Leere aus. Manche Menschen verwinden den Tod eines Angehörigen niemals und manche brauchen seelischen Beistand.

Es zeigte sich, das frühe Einbinden von Hospiz, z.B. schon ab der Diagnose einer lebensbedrohlichen Erkrankung hat sehr positive Auswirkungen auf die Situation des gesamten Krankheitsverlaufes. Die Zeit sich zu verabschieden ist sehr wichtig und hat einen starken Einfluss auf das Leben danach.

Die Hospiz-Idee stellt die Sorge um schwer kranke und sterbende Menschen sowie deren Angehörige in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Alles zu tun um die bestmögliche Lebensqualität bis zuletzt zu gewährleisten, ist das Hauptanliegen von Hospiz und

Palliativcare. Menschen mit nicht mehr heilbaren Krankheiten und ihre Angehörigen auf diesen letzten Schritten zu begleiten ist die Arbeit der Hospiz. Eine Arbeit, die unseren größten Respekt verdient. Menschen in ihrer Trauer zuzuhören, sie zu verstehen, ihnen Mut zuzusprechen sind Menschen, die in einer Gesellschaft von heute einen wichtigen Beitrag leisten. Wir von der ÖVP verneigen uns daher vor allen Menschen, die in diesem Bereich der Sterbebegleitung arbeiten. Wir unterstützen selbstverständlich das Begehren nach einem stationären Hospiz und wünschen dem Verhandlungsteam alles Gute.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Verpflegung für die Welser Pflichtschulen
Verf-015-I-23-2020

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da zur Dringlichkeit keine Wortmeldung erfolgt, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag (Anlage 1) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Es gibt nun den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Dringlichkeitsantrag am Beginn der Sitzung zu behandeln.

Der Antrag zur Geschäftsordnung diesen Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion am Beginn der Sitzung zu behandeln wird mit

	<u>22 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen	<u>11 Nein-Stimmen</u> (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Somit ist der Antrag angenommen. Ich ersuche GR. Weidinger um seinen Vortrag.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

GR. Weidinger: 2014 mussten wir die Schülerspeisung neu ausschreiben. Aufgrund der EU-weiten Ausschreibung ging die Firma Sodexo als Sieger hervor. Ebenso lange – seit ungefähr 5 bis 6 Jahren – mehren sich die Stimmen jener, die sagen, das Essen ist nicht wirklich gut, es gibt zu weite Transportwege, das müssen wir uns näher ansehen.

Es gab ein sogenanntes Mystery-Essen. Dabei wurden die Speisen durchaus positiv bewertet. Beanstandet werden jedoch immer wieder das Thema „Nichtvorhandensein der Regionalität“ und die zu weiten Strecken von Deutschland nach Österreich. Das ist richtig, das haben wir als verantwortungsvolle Politiker erkannt. Deshalb wollen wir eine Lösung finden.

Seit ca. 4 Jahren stellt uns die SPÖ-Fraktion mit dem Bildungsreferenten ständig die Forderung zum Bau einer Zentralküche in den Raum. Außer dieser Forderung habe ich dazu noch nie nähere Ausführungen vernommen. Einmal war dabei der Bau einer Schule, dann war es der Bau einer Schulküche alleine, einmal gab es einen Standort, dann wieder nicht. Es blieb immer nur bei der Forderung.

Uns ist das Thema Regionalität wichtig und sollte der Bildungsreferent bzw. der zuständige Referent dazu mehr bieten. Für uns drängt die Zeit. Die ÖVP- und FPÖ-Fraktion erkannte, dass der mögliche Bau einer Zentralküche doch noch etwas länger dauern wird. Wir wissen nicht wie die finanzielle Situation sein wird. Wir haben noch kein Grundstück, keine Preisangaben, keine Planung – nichts! Das dauert uns zu lange.

Meine Damen und Herren, in dieser Angelegenheit müssen wir schneller reagieren. Deswegen entschlossen wir uns zu diesem Antrag. Die Bundesregierung lehnte sich an das EU-Recht an bzw. beschloss im Vergaberecht Änderungen, wodurch es nun möglich ist Regionalität in den Vordergrund zu stellen. Das wollen wir mit dieser Neuausschreibung verlangen. Die Zeit drängt und auch der zuständige Referent sagte am 28.02.2018 in den OÖNachrichten: „Wenn wir nichts investieren müssen sondern bestehende Infrastruktur nutzen können, ist das natürlich am besten.“

Am besten ist momentan eine Neuausschreibung zu veranlassen, dann sind wir auf der sicheren Seite nach dem Vergaberecht. Der Vertrag endet immer drei Monate vor Schulschluss. Um Zeit zu gewinnen und das entsprechend vorzubereiten ist es wichtig, jetzt diesem Antrag zuzustimmen und dem Referenten Zeit zu lassen eine entsprechende Ausschreibung vorzubereiten.

Wir wollen, dass die Kinder in Wels gutes Essen bekommen - das ist momentan nur mit einer Neuausschreibung erreichbar.

StR. Reindl-Schwaighofer: Als ich vergangenen Freitag diesen Antrag sah, dachte ich mir hier gibt es ein Sprichwort „Am Abend werden die Faulen fleißig“. Wir befinden uns ein Jahr vor der Wahl. Ich wusste nicht, dass der Berichterstatter sich so abenteuerlich versteigen wird.

Es gibt im Gemeinderat niemanden, der die ganzen Eckpunkte zum Thema Schulküche genau kennt. Ich versuche die einzelnen Punkte abzuarbeiten, um Licht ins Dunkel in diese Geschichte zu bringen.

Der Antrag selbst deutet darauf hin, der Verfasser sah sich die Dinge nicht wirklich gut an. Wenn ich jetzt hergehe und schreibe eine Elternbefragung zu machen, dann braucht es natürlich schon einen gewissen Zynismus gleichzeitig zu fragen, ob die Eltern auch bereit sind mehr zu zahlen. Jeder, der sich die Debatte um die Ganztageschule anschaut weiß, wir verlieren leider Kinder in der Ganztageschule, weil die Eltern die Gebühren (incl. Verpflegung) nicht bezahlen können oder nicht bezahlen wollen. Das

kann man dann schon auch kritisieren. Nur verlieren tun wir die Kinder und nicht die Eltern.

Schauen wir uns die Chronologie an: Wir besuchten dazu einige Einrichtungen, z.B. in Kirchdorf eine Bioküche, die Küchen in den Kasernen und überlegten uns, ob wir dort gemeinsam kochen können. Alles andere als die Errichtung eines Gebäudes ist für die Stadt kostengünstiger. Wir klärten mit dem Klinikum Wels eine Möglichkeit ab usw. Über einige von den Eltern kritisierte Punkte sind wir dazu gekommen ein Mystery-Eating zu veranlassen. Diesen Auftrag gaben der Herr Bürgermeister und ich gemeinsam, wo eigentlich dem Essen eine gute Qualität bescheinigt wurde. Auch die Kinder gaben durchwegs positive Rückmeldungen.

Einer der wichtigen Punkte sind die „gefährten Kilometer des Essens“ und natürlich damit verbunden die Regionalität der Nahrungsmittel, der Zutaten und die Saisonalität. Das sind die letztendlich übrig gebliebenen Dinge.

Sie können sich vielleicht noch daran erinnern, die Ausschreibung war vor zwei Jahren. Auch damals gewann die Firma Sodexo. Die großen Unternehmen bringen natürlich Vorteile in der Kostenstruktur gegenüber den kleinen regionalen Anbietern mit. Regionale Anbieter boten damals gar nicht mit. Die Bundesvergabeordnung hat enge Rahmen – diese ermöglichen bestimmte Dinge nicht, die jetzt angesprochen wurden.

Eine Überprüfung der behaupteten Dinge durch mich aber auch durch Juristen ergab folgende Antwort, die der zuständige Landesrat Hiegelsberger auf eine Anfrage der GRÜNEN im Oberösterreichischen Landtag machte; dazu zitiert der Landesrat aus dem Brief des Bürgermeisters der Stadt Wels vom 11.08.2020: „Im Zuge des Gespräches wurde vereinbart, dass der Herr Bürgermeister Dr. Rabl eine schriftliche Stellungnahme übermittelt. Darin teilt dieser ergänzend mit, dass die Stadt Wels als Schulerhalter im Jahre 2014 die Schulausspeisung in den Welser Pflichtschulen entsprechend den Vorgaben des Bundesvergabegesetzes ausgeschrieben habe. Diese Ausschreibung erfolgte aufgrund des Auftragswertes europaweit, wobei als Qualitätskriterium u.a. die Auszeichnung „Gesunde Küche“ durch das Land Oberösterreich festgelegt wurde. Den Zuschlag erhielt schlussendlich die Firma Sodexo mit Sitz in Frankreich und einem Tochterunternehmen in Österreich. Die Stadt Wels teilte weiters mit, dass für sie Regionalität einen sehr hohen Stellenwert habe. Allerdings sei die Festlegung der Regionalität als Kriterium im Zuge des Ausschreibungsverfahrens nicht zulässig. Eine diesbezügliche rechtliche Prüfung habe ein solches Vorgehen als Verstoß gegen das Unionsrecht eingestuft.“

Wir können heute diesen Antrag beschließen, nur wird der Herr Bürgermeister vorgeführt mit einer langen Nase, dass er dem Herrn Landesrat etwas schrieb, was nicht den Tatsachen entspricht. In Wirklichkeit richtet sich dieser Antrag gegen euch selbst, weil ihr seit Jahren gegen den Bau einer Schulküche seid. Letztendlich ist der Neubau einer Küche die einzige Möglichkeit, um alle die für uns wichtigen Dinge umzusetzen - Regionalität, Saisonalität, keine gefährten Kilometer, regionale Wertschöpfung – das geht nur mit einer eigenen Küche.

Es tut mir leid, dass sozusagen als Entlastungsschlag dieser Antrag gekommen ist, weil er sich selbst vorführt. Ihr führt euch gerade selbst vor, dass ihr eigentlich in dieser Frage nicht ernst zu nehmen seid. Ihr stellt einen Antrag, der vor Zynismus durch nichts

überbietbar ist. Ihr argumentiert auf einer Ebene, wo es einen Brief des Herrn Bürgermeister gibt, der keine fünf Wochen alt ist, der das Gegenteil enthält. Im Antrag steht, man könnte die Ausschreibung in Teillosen machen. Das Gesetz sieht genau genau vor, dass das nicht erlaubt ist. Eines ist relativ sicher: Wir können es prüfen, wir können ein Rechtsgutachten einholen, ob wir eine Schulausspeisung, die wir jahrelang als Stadt Wels an einen Auswärtigen vergeben haben, jetzt in mehrere Teile aufteilen – da wünsche ich euch viel Glück, wie ihr das begründen wollt.

Wir können den Antrag beschließen um dieses Rechtsgutachten einzuholen. Dann können wir uns ansehen, ob es möglich ist diesen abenteuerlichen Weg auch gemeinsam zu gehen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Johnny, ich verstehe gar nicht warum du bei diesem Antrag so emotional bist. Das ist doch gar nicht notwendig. Was ist das Problem bei diesem ganzen Thema Schulessen? Wir wissen das Essen ist geschmacklich in Ordnung. Das sagen uns nicht nur ein Großteil der Schüler und Eltern sondern wir haben sogar eine Mystery-Eaterin beauftragt, die das ebenfalls bestätigte. Weshalb ich sage über Geschmack kann man natürlich streiten. Nicht alles was ich koche schmeckt meiner Frau und umgekehrt. Unabhängig davon ist der Großteil geschmacklich in Ordnung und zufriedenstellend. Wir wissen die Vielfältigkeit der Speisen ist ausreichend, die Speisepläne wurden mehrfach geprüft – das passt alles.

Wir wissen auch, die Saisonalität ist in ausreichendem Maß gegeben. Natürlich wird darauf Rücksicht genommen was gerade aktuell an Gemüse und Obst verfügbar ist. Das einzige, was uns eigentlich stört, ist der weite Transportweg. Alles andere passt ohnehin. Würde die gleiche Qualität, das gleiche Essen mit der gleichen Geschmacklichkeit von einem Welser Unternehmer geliefert (einen solchen hatten wir in Wels, aber die Sozialdemokratie war dafür das neu auszuschreiben und deswegen wurde dem Welser Unternehmen der Auftrag weggenommen – damals – das möchte ich betonen, denn das wird gerne vergessen von Seiten der SPÖ), wenn wir also so einen Welser hätten, der das in der gleichen Art und Weise macht, dann wäre die Welt ja in Ordnung.

Das ist aus meiner Sicht das große Missverständnis an diesem Antrag. Das Missverständnis, dass wir es nicht schaffen einen regionalen Anbieter zu erhalten. Dann sprichst du an die schriftliche Stellungnahme von mir, ist es völlig richtig, die Regionalität als Zuschlagskriterium kann und darf ich nicht hineinschreiben. Da wird mir auch nichts vorgeführt und da hat Andreas Weidinger, wie er den Antrag vortrug, auch nichts Falsches gesagt, dabei bleibt es auch. Aber Johnny, wir haben dir in den Antrag ja bereits hineingeschrieben wie du es machen sollst. Nämlich in dem man im Vergabeverfahren als weiteres Zuschlagskriterium etwa die Transportweite bewertet. Das ist nämlich zulässig. Also mache einfach das was im Antrag enthalten ist und wo dir der Weg schon gewiesen wurde, dann glaube ich wird das auch funktionieren. Das hat übrigens nichts mit der Regionalität zu tun, das ist einfach ein zulässiges Zuschlagskriterium. Da geht es auch um die Frage der Reaktionszeit. So kann man das aus meiner Sicht auch machen.

Der Grund warum dieser Antrag überhaupt am Tisch liegt ist, weil du mit deinem ständigen Zetern nach einer Zentralküche eine Illusion versuchst zu verbreiten, die es so

nicht gibt. Nämlich, dass wir erstens einen Standort für diese Zentralküche haben, den wir definitiv nicht haben, weil die Zentralküche ursprünglich geplant war als Anhängsel zur Schule Wels-West und nur in diesem Zusammenhang auch Sinn macht. Weil eine Zentralküche – wie der Name schon sagt – soll zentral sein und nicht am Rande einer Stadt angesiedelt. Wenn sie zentral sein soll, dann brauchen wir eine Liegenschaft. Warum soll sie zentral sein, weil sie ja mehr als nur eine Schule versorgen soll und weite Transportwege, auch wenn sie im Verhältnis zu Hamburg nur kurz sind, vermieden werden sollen. Da geht es um die Frage des Aufwärmens, in welchen Wärmebehältern ist das Essen transportierbar usw. Weshalb wir gerade jetzt noch keinen Standort für diese Zentralküche haben. Wir müssen zuerst einen Standort suchen. Bauvorhaben der Stadt Wels dauern aufgrund gesetzlicher Vorgaben immer etwas länger. Wir brauchen die richtige Widmung, einen Bebauungsplan, einen Grundsatzbeschluss, einen Entwurf eines Architekten, in der Folge ein Vergabeverfahren für die Bau- und Architektenleistungen usw. Bis das verwirklicht wird, vergeht einige Zeit.

Es wäre also an dir gewesen als zuständiger Referent – meiner Ansicht nach hast du das bisher verabsäumt – nicht abzulenken von deiner eigenen Verantwortlichkeit, sondern die Dinge in die Hand zu nehmen und zu sagen, ich bemühe mich jetzt das Essen zu verbessern und einen neuen Partner zu finden. Leider hörte ich diesbezüglich noch nicht sehr viel außer den ständigen Ruf nach einer Zentralküche. Jetzt liegt es also an dir. Du hast ein Jahr Zeit, finde einen regionalen Partner, rede mit diesem und frage, wie man diese Probleme lösen kann und frage vor allem auch die Eltern, ob diese bereit sind mehr für das Essen zu bezahlen. Eines ist völlig klar, wenn man all das was du haben möchtest auch verwirklicht, wird es zu guter Letzt mehr kosten. Ich stelle mir jetzt schon die Fragen: Wer soll denn das bezahlen? Wer hat denn so viel Geld? Insofern kann ich nur die Frage stellen, auch an dich lieber Johnny, wie schaut es aus? Welche Überlegungen hast du dazu? Leider liegen mir dazu noch keine Fakten vor und leider liegen dazu auch keine Erhebungen deinerseits vor. Vielleicht kann man das ja nachholen, Zeit hast du die nächsten Monate absolut genug. Deswegen bin ich froh, wenn wir valide Daten bekommen, wie so eine Umfrage aussieht, was wir dann genau wissen und wie die Eltern auf so etwas reagieren. Ich bin selbst gespannt welche Mehrheiten oder welche Verlangen in der Folge gegeben sein werden.

Über diesen Antrag bin ich froh und auch über die Schaffung von Klarheit und die maximale Transparenz, damit wir wissen was die Eltern wollen, was will der Referent, was will die Politik. Dann können wir eine Entscheidung treffen. Dabei haben wir keinen Stress. Wenn im Vergabeverfahren herauskommen sollte, dass es keinen alternativen Anbieter gibt, dann können wir Sodexo im Herbst auch nicht kündigen, weil es halt so ist.

Es ist jetzt sinnvoll an die Arbeit zu gehen und das abzuarbeiten, was wir schon lange abarbeiten hätten sollen. Du als Referent bist hier besonders gefordert. Auf eine Berichterstattung von dir freue ich mich schon, wie die Ergebnisse dazu sind. Ich bin gespannt darauf.

StR. Reindl-Schwaighofer: Die Argumentation wird immer abenteuerlicher. Zuerst versuchte ich es bereits darzustellen. Ich kann natürlich versuchen einzureferieren was wir mit den unterschiedlichen Küchenbetreibern gesprochen haben, wo es darum ging Alternativen anzubieten. De facto gibt es in der Region Bio-Essen aus Kirchdorf. Die Preise sind dort um mindestens 40 % höher. Letztendlich war der genannte Preis sogar ohne Personalkosten der Zulieferanten.

Es tut mir leid, wenn ich das jetzt in diesem Raum sagen muss. Wir haben diese Ausschreibung – StR. Zaunmüller als Kulturreferent war dafür zuständig – gemacht, weil es massive Beschwerden gab, weil uns die Eltern die Türen eingelaufen sind und wir sagten, wir müssen das Qualitätsproblem in den Griff bekommen. Es ging nicht darum einem regionalen Anbieter nicht die Möglichkeit zu geben. Das war leider so. Wir können natürlich jetzt die Protokolle aus dem Ausschuss heraussuchen, wo über diese Dinge ausführlich geredet wurde.

Es gibt verschiedene Überlegungen zum Standort. Ich diskutierte darüber mit den Verantwortlichen, mit dem Herrn Bürgermeister, mehrmals. Es gibt z.B. einen Standort, der - wenn man möchte - relativ schnell umsetzbar wäre, weil es bereits ein Grundstück im Eigentum der Stadt Wels gibt. Hier meine ich gar nicht das Baugrundstück in Wels-West. Wir haben beim Kindergarten Wimpassing ein großes Grundstück. Dieses würde erlauben eine Zentralküche zu bauen. Der Standort wäre auch zentral und wir wären in der Lage sternförmig die Speisen auszuliefern. Wir bekämen dann im jetzigen Gebäude Räume frei für zusätzliche Krabbelstuben- und Kindergartengruppen. Es wird alles vom Tisch gewischt und noch nicht geprüft, obwohl wir das bereits seit Jahren diskutieren. Die Frage der Zentralküche ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Vorschieben einer Notwendigkeit. Vor ungefähr einem halben oder dreiviertel Jahr hörten wir, ja, das ist ganz wichtig. Vor kurzem gab es eine Presseaussendung des Vzbgm. Kroiß, in der er sagte, eine Zentralküche werden wir brauchen – nur das dauert.

Zuerst sagten wir es geht nicht, jetzt sagt man es dauert und in Wirklichkeit ist es ein sekkieren der Eltern, die ihre Kinder in die Schule geben und dort die Verpflegung genießen. Wenn es jetzt auf einmal wieder um das Geld geht frage ich mich nur, wie ist es möglich, dass ohne Information des Gemeinderates der Bürgermeister gemeinsam mit StR. Lehner in Aussicht stellt zu einer Universität einen zweistelligen Millionenbetrag dazuzuzahlen? Da ist es ganz egal wieviel Geld wir ausgeben, Hauptsache war tun es nicht für die Welser im Zusammenhang mit Lebensqualität, Qualität in den Schulen und für das Essen.

Vielleicht zur Klarstellung: Ich bin nicht gegen ein Starten dieser Initiative, halte es für eine gute Idee. Ein Vorhaben wird immer abgelehnt weil wir kein Geld haben, bei einem anderen Vorhaben ist es ganz egal wieviel es kostet. Zweistellige Millionenbeträge können wir locker aus dem Ärmel schütteln. Also es geht schon immer darum wofür ich bereit bin etwas einzusetzen - für meine Bevölkerung, die Kinder und Eltern unserer Stadt.

GR. Hufnagl: Ich würde gerne die Diskussion wieder auf die Sachebene herunterholen. In Wirklichkeit geht es um drei Dinge: Die rechtlichen Komponenten, also wie können Ausschreibungen gestaltet werden. Meiner Meinung nach, als Hobbyjurist sage ich wir könnten schon Kriterien mitaufnehmen, die eine gewisse Regionalität fordern. Aber gut, es geht um rechtliche Gegebenheiten. Dann geht es auch um die Qualität. D.h. es geht um Geschmack, um die Zutaten, um die Umwelt, um Regionalität bzw. um weite Transportwege. Dann geht es noch um die Kosten und den Preis. Über diese drei Faktoren müssen wir uns unterhalten wenn wir entscheiden wollen, wollen wir eine Küche oder wollen wir wieder ausschreiben und einen Fremdanbieter kochen lassen.

Es wäre sinnvoll sich einmal zusammzusetzen und die Fakten zusammenzutragen, bevor man einen Antrag stellt zum Thema Neuausschreibung oder Zentralküche. Einfach

einmal die Fakten auf den Tisch legen, durchschauen, bewerten und anschließend eine politische Entscheidung fällen und nicht hier im Trüben fischen.

Es ist die falsche Vorgangsweise hier zu versuchen politisches Kleingeld zu machen mit dieser Entscheidung, diese irgendwie schnell durchzudrücken. Das tut uns nicht gut. Dazu ist das Thema zu wichtig, als uns hier vorschnell für den oder den anderen Weg zu entscheiden. Es ist schlecht dieses Thema so zu politisieren mit einem Dringlichkeitsantrag. Ich bitte einfach um mehr Sachlichkeit bei diesem Thema.

GR. Scheinecker, BA: Dieses Thema wurde heute nicht zum ersten Mal diskutiert. Seit 2015 bin ich im Gemeinderat und im Kulturausschuss - seither reden wir über die Firma Sodexo. In diversen Presseaussendungen wurde immer betont eine Neuausschreibung ist nicht möglich. 2020 ist das auf einmal möglich, wir können es anders ausschreiben, Regionalität ist überhaupt kein Thema. Der einzig Schuldige ist der zuständige Referent.

Das finde ich schon sehr eigenartig im Sinne einer Kooperation. Deshalb frage ich mich, der Auftrag des Gemeinderates liegt schon darin das Beste für die Stadt zu tun? Wenn die Kollegen der FPÖ, ÖVP oder der Herr Bürgermeister so gut wissen und seit Jahren wissen wie man es richtig ausschreibt, dann teilt man das vielleicht einmal der Stadtregierung mit. Die Ausschreibung macht übrigens der Referent nicht selbst, sondern das machen hausinterne Juristen. Also irgendwo „kracht“ es hier gewaltig. Im Kulturausschuss gab es zahlreiche Wortmeldungen von Seiten der Abteilung wo es hieß, das geht nicht, wenn wir es nochmals ausschreiben gewinnt wieder die Firma Sodexo, das ändert nichts. Ich kann mich an die Exkursionen erinnern und finde diese Vorgangsweise dermaßen lächerlich.

Lächerlich finde ich auch diese Aussage zur Zentralküche. Die Forderung der SPÖ besteht ja nicht seit gestern. Immer wieder wurde diese verschoben. Jetzt mit der Aussage zu kommen im Jahr 2020 es ist eigentlich keine so schlechte Idee, aber so schnell geht es nicht, ist ebenfalls lächerlich. Ich erinnere nur ungern an den Kaiser-Josef-Platz, den wir innerhalb von ein paar Monaten über die Bühne brachten. Das war kein Problem, dafür braucht man genauso Planer, mögliche Ideen oder sonstiges. Es ist einfach nur eine Frage der Prioritätensetzung. Nicht mehr und nicht weniger.

GR. Mag. Teubl: Wir GRÜNE versuchen seit Jahren mit zahlreichen Anträgen und Initiativen eine Verbesserung bei der Verpflegung unserer Schüler zu erreichen. Dass deren Mittagsmahlzeit über 1000 km aus Nordrhein-Westfalen herangekarrt wird, ist nicht nur unter dem Blickwinkel des Klimaschutzes eine Absurdität sondern einfach unerträglich. Ob das Essen, das von der Firma Sodexo geliefert wird, jetzt geschmacklich als gut erachtet wird oder nicht, ist meines Erachtens bei der Beurteilung dieser Tatsache völlig nebensächlich. Es geht schlicht und ergreifend um eine regionale Essensversorgung von hoher Qualität bei möglichst hohem Anteil an biologischen Lebensmitteln für unsere Kinder. Es sollte zumindest darum gehen. GR. Hufnagl sagte bereits, es sollte um die Sache gehen.

Mein Eindruck ist jedoch, es geht in diesem Antrag nicht um die Sache. Dieser Dringlichkeitsantrag der FPÖ und ÖVP ist ganz anders motiviert. Hier geht es um ein taktisches Manöver, ausgelöst durch den SPÖ-Antrag für eine Planung einer Schulküche. Kollege Weidinger lernte sehr schnell. Er hat sich meines Erachtens mit einer

Scheinheiligkeit sondergleichen hingestellt und vorgegeben es geht ja nur um die Schüler. In Wirklichkeit geht es darum den Wahlkampf einzuleiten.

Kollege Hufnagl erwähnte weiters, es ist eigentlich die Gepflogenheit in diesem Gremium, dass Dringlichkeitsanträge am Ende der Sitzung behandelt werden und nicht am Anfang. Aber man kann natürlich mit einem Geschäftsordnungsantrag und mit der Macht der Koalitionsmehrheit drüberfahren und es einfach so richten wie man es braucht. Während Dringlichkeitsanträge der Opposition schön brav am Ende der Sitzung behandelt werden. Fairness, meine Damen und Herren, von der Seite da drüben schaut meines Erachtens anders aus. Fairness schaut nämlich so aus, dass man sich zusammensetzt und das Wissen, welches man hat, auch mit anderen teilt. Sollte es tatsächlich eine Möglichkeit geben, wie man eine solche Ausschreibung, die wir seit Jahren vergeblich versuchen durchzubringen, machen kann, dann hätte man das durchaus sagen können. Aber nein, der Herr Bürgermeister will es nutzen hier auf offener Bühne in einer polemischen Art und Weise die SPÖ niederzumachen und den Referenten vorzuführen. Um das geht es, um sonst gar nichts!

Meine Damen und Herren, wenn das der Stil ist, der uns das nächste Jahr bis zur Wahl begleiten wird, dann wird mir jetzt schon übel. So möchte ich hier nicht arbeiten. Ich möchte, dass wir uns als Gemeinderat der Sache verpflichtet fühlen. Die Sache ist immer noch das Essen unserer Schulkinder. Jetzt z.B. vorzuschlagen die Eltern zu befragen was ihnen biologisches und regionales Essen Wert ist und wieviel sie dafür bezahlen wollen, ist meines Erachtens der Höhenpunkt des Zynismus. Für viele Kinder ist das Konsumieren des Schulessens die einzige warme Mahlzeit am Tag. Meines Erachtens darf es uns als Stadt hier nicht um ein paar tausend Euro gehen, sondern wir müssen Geld in die Hand nehmen und dafür sorgen, dass die Stadt die Mehrkosten übernimmt für eine hohe Qualität dieses Essens.

Nach allem was wir bisher wissen ist die einzige Möglichkeit eine solche hohe Qualität mit regionalen Lebensmitteln, mit einem hohen Bioanteil herzubringen, das Essen selbst zu kochen. Deshalb frage ich mich warum wir nicht schon längst, schon jahrelang, seit dem wir wissen, dass es keinen anderen Weg gibt, uns da hingestellt haben und diese Zentralküche endlich geplant haben. Nehmen wir es selbst in die Hand. Wenn es eine Ausschreibungsmöglichkeit gibt, die die Entfernung als Kriterium hineinnimmt, dann hätte man das wie gesagt auch anders mitteilen können, dann sollte man das auch machen. Im Endeffekt kann man parallel dazu auch endlich einmal damit beginnen einen Standort zu suchen und eine Planung anzugehen, um diese zentrale Schulküche, die wir irgendwann einmal brauchen werden – wir wollen ja auch die ganztägige Schulform ausweiten und eine Ganztagesbetreuung in der Stadt für möglichst viele Kinder anbieten, das ist ohne Mittagessen sehr schlecht möglich -, dann sollten wir das endlich einmal tun. Und nicht so tun als bliebe uns keine andere Wahl als aus Nordrhein-Westfalen Essen herzuholen.

Das ist also unsere Meinung. Wir wollen, dass der Antrag, der noch folgen wird zu späterer Zeit, auch von ihnen unterstützt wird. Wir unterstützen diesen Antrag auf eine Neuausschreibung, wenn sie möglich ist, damit wirklich – wie sie in diesem Antrag schreiben – vermehrt auf regionale Anbieter abgezielt und der Bioanteil am Essen erhöht wird. Ich höre das wohl, alleine mir fehlt der Glaube. Auch eine Losteilung, wenn sie möglich ist, wäre durchaus eine sinnvolle Sache. Man soll das eine und das andere tun, und zwar jetzt und ohne Verzögerung und nicht auf dem Rücken der Schüler ein

parteiliches Geplänkel veranstalten und damit Wahlkampfgedudel in die Welt hinausposaunen, das weder uns in diesem Raum interessiert noch die Menschen draußen.

Bgm. Dr. Rabl: Macht man einen historischen Abriss dieser ganzen Geschichte, dann wissen wir, dass der Grund für diese Neuausschreibung die ständigen Beschwerden über das Schulessen bis zum Jahr 2014 waren. Festhalten möchte ich, es war ein regionaler Anbieter aus Wels, wo die Qualität nicht passte. Die Frage der Regionalität sagt nichts darüber aus wie die Qualität des Essens ist. Es kann jemand in Wels mit einer schlechten Qualität kochen, es kann jemand in Nordrhein-Westfalen kochen mit einer ausgezeichneten Qualität. Nicht umsonst wird das Rindfleisch aus Argentinien, Amerika und aus Japan nach Österreich importiert, weil die Qualität entsprechend gut ist und weil es der Österreicher gerne isst. D.h. also eines ist fix: Primär und das Wichtigste überhaupt für uns sollte die Frage sein, ist die Qualität für das Essen unserer Kinder gut oder nicht? Wenn diese Frage erledigt ist, dann ist die zweite Frage, gibt es noch andere Aspekte, die uns wichtig sind? Z. B. kurze Transportwege aus dem Umweltschutzgedanken oder ein hoher Bioanteil, weil wir sagen wir wollen nachhaltig sein. Diese Aspekte müssen wir in der Folge beantworten. Nur weil wir jetzt einen regionalen Anbieter finden - wenn wir ihn überhaupt finden -, heißt das noch lange nicht, dass die Qualität dann stimmt. D.h. es ist regional und der Weg beträgt keine 1000 km mehr. Aber der letzte Anbieter war auch regional, von dem haben wir uns getrennt, obwohl er keine 1000 km entfernt war, sondern weil die Qualität nicht stimmte. Wir sind in der Folge zu einem Anbieter aus Deutschland gekommen, wo die Qualität stimmt. Das muss ich nochmals betonen. Man kann über Sodexo sehr viel sagen, aber erstens erfüllen sie die hohen Anforderungen des Gütezeichens der Gesunden Küche des Landes Oberösterreich und zweitens, was die Zusammensetzung betrifft, was die verwendeten Zutaten betrifft, die Zufriedenheit der Eltern und der Kinder, die Geschmacklichkeit betrifft, ist dieses Essen in Ordnung. Das einzige, das nicht passt ist, dass es 1000 km weit hertransportiert wird. Aber sonst passt dieses Essen. Das möchte insgesamt festgehalten wissen.

Die meisten Gerichte, welche wir in Wels in den Gasthäusern essen, sind auch nicht biologisch, bestehen auch nicht nur aus biologischen Zutaten. D.h. also, wenn ich sage, ich brauche unbedingt einen hohen Bioanteil, dann stimmt das aus meiner Sicht nicht. Das ist ein weiteres Kriterium, das wir haben, aber es kann doch nicht das Hauptkriterium sein. Was bringt mir ein hoher Bioanteil, wenn die Kinder dann sagen das Essen schmeckt mir nicht und ich esse es nicht. Wir müssen uns festhalten daran, das Wichtigste überhaupt ist das Essen muss gesund sein und muss den Kindern schmecken. Das sind die zwei Kriterien, die für mich wichtig sind. Alles andere ist dann ein „nice to have“.

Deswegen ist dieser Antrag nicht lächerlich. Ich bin froh, auch Herr Mag. Teubl sagte das und stimmte diesem zu. Alleine das heißt ja schon, er erachtet es für notwendig diesen Antrag zu stellen. Deswegen ist es geradezu richtig diesen Antrag jetzt gestellt zu haben. Wir müssen jetzt etwas tun. Wir sollten jetzt untersuchen, ob es einen besseren Weg gibt. Das bringt mich zum Nächsten, nämlich zum Ablauf. Zuerst müssen wir fragen was wollen die Eltern, wozu sind sie bereit. Wenn wir diesen Themenpunkt erledigt haben, ist der nächste Themenpunkt einen Anbieter zu finden, der zu diesen Konditionen, zu denen wir das Essen haben wollen, bereit ist zu liefern. Gibt es jemanden anderen als Sodexo, der das machen kann, ja oder nein? Wenn wir diese Frage beantwortet und zu unseren

Voraussetzungen einen Anbieter gefunden haben, dann ist der nächste Schritt mit Sodexo den Vertrag zu lösen. Es wäre verantwortungslos schon vorher den Vertrag aufzulösen. Dann hätten die Kinder im Herbst überhaupt kein Schulessen. Das wäre nicht der richtige Weg. Schön ein Schritt nach dem anderen. Es sind kleine Schritte, aber es sind Schritte, die notwendig sind. Diese Schritte hätte man auch früher machen können, wenn man das wollen hätte. Nur war das offensichtlich nicht der Fall.

Lieber Johnny, du hast nicht recht wenn du sagst in Wimpassing haben wir genug Platz. Margarete und ich waren in Wimpassing, wir sahen uns diesen Kindergarten an, wir sprachen mit der Kindergärtnerinnen, die sagen, wenn der Grund für den Bau einer Küche verbraucht wird, dann haben wir zu wenig Platz. Dann würde ich mich nicht wundern, wenn gerade die SPÖ kommt und sagt, auf keinen Fall dürfen wir dort irgendetwas wegnehmen von diesem wunderschönen Kinderspielplatz. Das würde ja bedeuten, dass wir Kinder in deren freien Spielkultur einschränken. Das wollen wir auf keinen Fall. Ich bin sicher, ich hätte seitens der SPÖ keine Zustimmung in diesem Zusammenhang. D.h. also, das Platzproblem ist tatsächlich nach wie vor ein großes Thema. Bisher hörte ich keinen Vorschlag, wo wir diese Zentralküche hingeben könnten. Der Kindergarten Wimpassing ist jedenfalls keine Lösung. Sprich mit der dortigen Kindergartenleiterin oder den Angestellten. Sie werden dir bestätigen, dass sie auf keinen Fall im Garten der Kinder eine Zentralküche wollen. Das halte ich daher für nicht zielführend. Wir müssen, wenn wir eine Zentralküche überlegen, zuerst über den richtigen Platz eine Diskussion führen und dann über die sonstigen Kosten – sonst geht das sicher schief.

Insgesamt betrachtet ist daher richtig über Alternativen nachzudenken, jetzt zu schauen, ob es mehr Regionalität gibt und wie das möglich ist. Wenn wir das erledigt haben, können wir weiter schauen, ob der Vertrag mit Sodexo aufgelöst wird oder nicht.

GR. Dr. Csar: Was wollen wir hier im Gemeinderat? Wir wollen alle das Gleiche – die beste Schulausspeisung für unsere Kinder in den Schulen. Es geht um die Sache – wenn jemand das wirklich ernst meint, dann bitte stimmen sie zu.

Wir müssen auf die Zeichen der Zeit reagieren. Corona zeigte uns, wir müssen auf die Regionalität viel mehr Rücksicht nehmen. Das ist überall angekommen. Ich hoffe auch bei der SPÖ, weil das immer in Frage gestellt wird.

Lieber Johnny, du hast dein Referat begonnen mit vielen Seitenhieben, mit Zitaten wie „Am Abend werden die Faulen fleißig“ oder „unser Referent versteigt sich in seiner Berichterstattung“ usw. All das ist sehr untergriffig. Das finde ich nicht gut, das ist Zynismus, der gehört hier nicht her. Es gibt auch ein Sprichwort: „Zynismus ist die Sprache jener, die keine Argumente mehr haben“. Oft dachte ich daran, als ich dein Referat hörte. Du hast alles versucht zu zerplücken und schlecht zu reden. Andererseits müsstest du froh sein endlich einmal eine Lösung angeboten zu bekommen mehr Regionalität bei der Schulausspeisung berücksichtigen zu können. Bis jetzt war es nicht möglich und du hast es nicht geschafft, dass dies anders wurde. Das ist dein Versäumnis. Bitte teile nicht immer nur aus und sage die anderen sind schuld.

Es wurden zwei Wege aufgezeichnet wie wir das schaffen können, daher brauchen wir einen Beschluss. Ich hoffe es werden alle zustimmen. Nicht, dass man sich hinter Formalismen versteckt oder der Antrag erst jetzt neu kommt und früher haben wir das

nicht gewusst udgl. Auch du könntest gescheiter werden - das wird von uns Politikern gefordert.

Eine Elternbefragung schlecht zu reden höre ich heute das erste Mal. Ich finde es vernünftig die Eltern der Schüler zu befragen was sie gerne haben wollen. Liest man den Antrag durch erkennt man, dass die Elternbefragung in drei Teilbereiche durchgeführt werden soll. Daher binden wir die Eltern ein, das ist nur sinnvoll und zweckmäßig. Es wird ein gutes Ergebnis, ein erfolgreicher Weg sein.

Wir sollten nicht in der jetzigen Situation verharren sondern andere Denkmodelle und Varianten zulassen. Das Verteidigen von Sodexo steht dir sehr wohl zu, aber man muss sich öffnen für andere Zugangswege.

Im Landtag sprachen wir bereits einige Male über die Regionalität über Antrag der GRÜNEN aber auch der SPÖ. Es gab sehr viele Wortmeldungen dazu. Es ist notwendig überall dort, wo die öffentliche Hand Einfluss hat, die Regionalität zu stärken und zu forcieren. Zum Thema Zentralküche gibt es einen eigenen Antrag. Man kann über alles diskutieren, nur eine Zentralküche plötzlich mit „Fingerschnippen“ zu errichten, wird auch die SPÖ nicht schaffen. Die Zentralküche muss gut überlegt werden.

Zum Argument von Mag. Teubl, dass die ÖVP mit der FPÖ sich das so richtet wie sie es braucht, weshalb die Dringlichkeitsanträge vorgezogen werden - „die Seite da drüben fährt drüber“ - möchte ich sagen, das ist nicht der Fall. Es ist mir nicht bekannt, dass seit 2009 wir einen Antrag auf Vorziehung eines Dringlichkeitsantrages (wie es heute der Fall ist) abgelehnt hätten. Daher ist von einem „Drüberfahren“ nicht die Rede. Dieses Argument geht total daneben und ist falsch.

GR. KR. Schönberger: Teile des Antrages gefallen mir ausgesprochen gut. Ich war guter Hoffnung als Kollege Dr. Csar sagte, es soll zwei Wege - eine Neuausschreibung und Planung einer neuen Zentralküche - geben, weil die Fertigstellung sowieso länger brauchen wird. Ich sehe jedoch den zweiten Weg nicht. Entweder wir schreiben es neu aus oder nicht. Die Passage gefällt mir sehr gut, die lautet: „Auch die Bewertung der Transportweite bzw. der Reaktionszeit ist zu berücksichtigen. Auch sollte geprüft werden, ob eine Losteilung, also eine Aufsplittung der Lose möglich wäre.“ Genau das haben wir bei den Vergaberichtlinien, bei allen Aufträgen, die die Stadt Wels vergibt, schon seit Jahren gefordert. Das ist die Forderung, die in Zeiten von Corona aufgestellt werden muss. Wir müssen versuchen die Wertschöpfung regional in der Stadt Wels zu halten. Das gilt nicht nur für die Küche oder für das Essen, das muss auch für die Straßenarbeiten, für alle Gewerke gelten. Dieser Auftrag, den Kollege Reindl-Schwaighofer erhalten hat, geht meines Erachtens an alle Stadtsenatsmitglieder genau nach diesen Richtlinien zu handeln. Es ist vor allem auch ein Auftrag an die Stadtregierung darüber nachzudenken, inwieweit wir etwas unternehmen können um die Vergaberichtlinien so verändern zu können, um auf mehr Regionalität abzielen, ohne dass wir dadurch mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Ich lese aus diesem Antrag gute Ansätze zu Veränderungen der Auftragsvergabe in der Stadt Wels als Gesamtes heraus. Darum habe ich kein Problem diesem Antrag zuzustimmen.

Eine Neuausschreibung soll sein, aber man kann auch gleichzeitig über eine Zentralküche nachdenken und, Herr Bürgermeister, wenn man ein Grundstück finden möchte, haben wir noch immer eines gefunden, oder?

GR. Scheinecker, BA: Den Dringlichkeitsantrag las ich mir nochmals durch und lauschte den verschiedenen Wortmeldungen ausführlich. Höre ich mir diese Erklärungen zur Elternbefragung und einer möglichen Aufteilung an, muss ich sagen, das ist aber nicht Inhalt des Beschlusstextes. Es steht zwar in der Begründung, aber im Beschluss steht wir schreiben neu aus. Von einer Elternbefragung oder sonstiges ist nichts enthalten. Was ist, wenn die Elternbefragung ergibt es ist alles super, wir brauchen nichts anderes? Schreiben wir dann trotzdem aus? Mit welchen Kriterien steht in der Begründung, aber nicht im Beschlusstext.

Ehrlicherweise glaube ich, wir sind grundsätzlich alle der gleichen Meinung was das Ergebnis betrifft. Das Ergebnis wäre eine regionale Küche, die unseren moralischen, nachhaltigen Ansprüchen genügt.

Zwischenfrage von Bgm. Dr. Rabl: Seit wann muss Essen moralisch sein?

GR. Scheinecker, BA: Moralisch im Sinne von nachhaltig, biologisch oder sonstiges. Der zweite Weg ist jedoch immer diese hintangehaltene Zentralküche bzw. das Finden eines geeigneten Grundstückes. Meines Wissens ist für das Grundstückfinden die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Wels verantwortlich, das fällt nicht in die Kompetenz des Kulturstadtrates. Wir hatten schon vor Kindergärten auf größeren Verkehrsinseln zu bauen. Das war kein Problem. Vielleicht wäre diese Verkehrsinsel ein geeigneter Standort für eine Zentralküche? Das könnten wir einmal überprüfen.

Die Inhalte gehören im Ausschuss diskutiert. Jedoch herrscht im Ausschuss dann bei solchen Sachen immer großes Schweigen oder bekommt man die richtigen Informationen ein bisschen zu spät. Das passierte auch schon mehrmals.

Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen. Die jetzige Diskussion darüber ist absolut unwürdig.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Scheinecker, BA auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages (Anlage 1) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 10 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
21 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. DI. Haydinger und GR. Mag. Humer waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungsaal anwesend.

GR. Ganzert: Es ist direkt schwierig zuhören zu müssen. Ich halte es durchaus für einen präpotenten Zugang am Freitag schnell einen Antrag hinauszuschießen - ja ein Dringlichkeitsantrag ist möglich - und diesen dann zu Beginn der Sitzung zu diskutieren. Der Herr Bürgermeister zerlegt in seiner zweiten Wortmeldung diesen Antrag, indem er sagt, es passt alles. Wir müssen nicht ausschreiben. Die Qualität passt, das Gütesiegel ist vorhanden, die Kinder und Eltern sind zufrieden – nur das Essen ist halt nicht regional.

Wenn wir es selber machen, dann sind wir regional und wir können die Qualität selber beeinflussen. Dann ist dieses Argument sofort entkräftet. StR. Reindl-Schwaighofer musste kämpfen während StR. Josseck-Herdt es gut hat, sie darf nämlich selber kochen. Sie darf kochen für die Bewohner in der Seniorenbetreuung, für die Kinder in der Kinderbetreuung, sprich Krabbelstube, Kindergärten. Sie darf sogar an Externe verkaufen, als Stadt Wels auftreten und ein Geschäftsmodell entwickeln. Ich verstehe nicht warum er sich dagegen wehrt. Es gibt eine bestehende Küche, es gibt das Berufsmodell des Kochs. Wir haben in der Stadt das know how, die Qualität, einen Namen. Wenn es darum geht das zu erweitern auf die Schüler, dann verstehe ich nicht warum er sich immer hinter welchen Dingen verstecken muss. Auch bei der Grundstückssuche.

Am Freitag gab es eine Presseaussendung „Wels möchte der neue TU-Standort sein“. Ich und meine Fraktion unterstützen natürlich die Ansiedelung weiterer Hochschulen in der Stadt Wels. Aber was der Herr Bürgermeister selbst irgendwo als Illusion bezeichnet – Kollegin Scheinecker sagte bereits es ist mehr als eine Illusion der präsentierte nette Entwurf -, da kann er jetzt schon blindlings einen zweistelligen Millionenbetrag für die Errichtung sofort zusichern. Wenn es Dinge gibt, über die wir schon seit Jahren diskutieren - weil wir dies seit Jahren fordern -, dann ist es auf einmal ganz schwierig Geld aufzubringen.

Ebenso wundere ich mich über die gemachten Aussagen betreffend Grundstücke. Es gibt ja Überlegungen über die Absiedlung der eww ag aber auch des Amtsgebäudes Am Römerwall. Das Amtsgebäude Am Römerwall wäre doch ein guter Standort. Was ist mit dem Kaiserschützenpark? Der Herr Bürgermeister ist Liegenschaftsreferent, er möchte selbst eine Lösung finden.

Es spricht nichts gegen eine Elternbefragung. Wir unterstützen Elternbefragungen. Aber nicht die Verknüpfung, ob man bereit ist mehr zu zahlen. Vielleicht fragen wir das nächste Mal die Kinder ob sie eine Impfung wollen? Oder: Eine HPV-Impfung für ihr Kind ist jetzt möglich. Besteht ein Bedarf? Aber sie müssen das bezahlen. Das ist sehr zynisch, das ist auch der Punkt warum das falsch ist.

Es gibt einen Beschlusstext mit einer langen Begründung, wo man sich vieles herauslesen kann. Nichtsdestotrotz werden wir diesem Antrag zustimmen. Was sollen wir denn verlieren? Wenn die Firma Sodexo sich wieder bewirbt und gewinnt, dann soll es so sein. Wenn es jemanden Regionalen gibt, der sich durchsetzen kann, freuen wir uns diesen regionalen Aspekt durchgebracht zu haben. Aber uns ist die absolute Qualitätssicherung wichtig für die Verpflegung unserer Kinder. Die können wir nur dann zu 100 % finanzieren, wenn wir sie selber in der Hand haben. Darum verstehe ich nicht, warum das für Kinder in der Kinderbetreuung möglich ist, für die Senioren in den Alten- und Pflegeheimen, aber nicht für Kinder im Pflichtschulbereich.

StR. Josseck-Herdt: Ich habe seinerzeit im Jahr 2015 damit gerechnet als wir beschlossen einem Reisebüro für gefrorenes Essen den Zuschlag zu geben (Sodexo), dass uns das bis zum St.-Nimmerleins-Tag verfolgen wird. Ich möchte das Ganze in drei Teile teilen:

Es war seinerzeit die Ausschreibung nicht deshalb oder sie wurde nicht deshalb zwingend gemacht, weil das Essen von der privaten Firma so schlecht war. Wenn wir so

viel Initiative gezeigt hätten wie bei Sodexo, damit das Essen besser wird, wenn wir seinerzeit bei der regionalen Firma, bei diesem Unternehmen, das wir durch diese Entscheidung in deren Existenz stark gefährdeten (das muss man einfach sagen, um nicht zu sagen das Unternehmen „umgebracht“ zu haben), wenn wir so viel Zeit investiert hätten bei der Welser Firma, dann wäre auch die Qualität und das Geschmackserlebnis für die Kinder viel besser geworden und wir hätten nicht ausschreiben müssen.

Der wahre Grund warum ausgeschrieben wurde war, dass wir in einem vertragslosen Zustand waren. Deshalb wurde eine Ausschreibung gemacht. Wir waren überrascht, als jemand aus Deutschland - ein Multikonzern - den Zuschlag bekam. Damals war ich als Gemeinderätin im Kulturausschuss und es stand keiner hinter Sodexo. Jetzt wurde Sodexo ein Begriff, aber seinerzeit kannte die Firma keiner. Ich war als einzige nicht dafür!

Auf jeden Fall bin ich der Meinung, wenn eine Firma Jahre braucht um überhaupt das Zertifikat Gesunde Küche vom Land Oberösterreich zu erhalten (das ist ja wohl eine Tatsache), dann läuft da etwas falsch. Ich kann mir nur vorstellen, dass wir eine Regionalität dahingehend hineinbringen in diese Ausschreibung, wenn wir das Vorhandensein dieses Gütesiegels fordern. Das Land Oberösterreich bitte ich das zu überdenken in Zeiten wie diesen (in Zeiten von Corona, wo die Regionalität jetzt so wichtig ist) die Regionalität auch in diesen Gütesiegel unterzubringen, denn nur so kann ich es in den Griff bekommen. Wenn die Landwirtschaftsministerin jetzt sagt wir sollen der Regionalität den Vortritt geben, bin ich dafür. Aber dann muss das irgendwo gefordert werden und den Niederschlag finden. Nur so kann man die Qualität für das Essen der Schulkinder erhalten.

Jetzt bin ich sehr froh wieder über dieses Thema zu reden, denn ich hatte den Eindruck es ist eingeschlafen. Aber ich muss sie informieren: Im Lockdown konnten wir kein Essen von Sodexo beziehen. Da hat unsere bewährte Küche für die Schulkinder gekocht. Es war natürlich die Kapazitätsgrenze bei weitem nicht erreicht, wir haben das sehr gerne gemacht. Wie überhaupt der Herr Bürgermeister ein großes Interesse daran hatte seinerzeit irgendwo das Kochen für die Schulkinder in einer stadt eigenen Küche oder von einem Partner zu gewährleisten.

Wir führten eine große Prüfung der Zentralküche in der Flurgasse beim Seniorenheim durch. Wir haben schon sämtliche Geräte und Anlagen, die dazu benötigt werden, kalkuliert. Dann sind wir gescheitert an der Zulieferung. Es war nicht möglich dort die Küche zu erweitern.

Wir fassten natürlich auch den Garten des Kindergartens Wimpassing ins Auge, ob dort die Zentralküche für die Kindergartenkinder erweitert werden kann. Das geht nicht, wir brauchen in diesem Kindergarten dringend Gruppenräume. Wir können nicht die Küche verwenden und dann noch einen Zubau errichten, wo wir doch den Platz für die Unterbringung der Kinder brauchen. Wir fassten viele andere Möglichkeiten ins Auge, z.B. fragten wir im Klinikum Wels an, ob für uns gekocht werden kann. Nein, sie haben dafür keine Kapazitäten. Ebenso wurde beim Österreichischen Bundesheer angefragt.

Ich sehe keine andere Möglichkeit in kurzer Zeit einen anderen Lieferanten zu bekommen als jetzt auszuschreiben, aber natürlich mit den Voraussetzungen und

Forderungen, wie jetzt besprochen. Nur so wird es gehen. Eine Küche wird nicht sofort zur Verfügung stehen!

StR. Lehner: Dazu noch ein paar Überlegungen: Aufgrund der Länge und der Emotionen in dieser Diskussion sieht man, dass es durchaus berechtigt war einen neuen Weg zu gehen und diesen Dringlichkeitsantrag an den Beginn der Sitzung zu legen. Viele haben sich dazu zu Wort gemeldet. Die Diskussion brachte eine breite Zustimmung zu diesem Antrag – ein Dank auch an die SPÖ-Fraktion für die Zustimmung.

StR. Reindl-Schwaighofer möchte unter dem Motto „wir können ja irgendwo, Grundstücke haben wir genug“ eine Küche bauen. Ich bin der Meinung, dass eine Küche, die nicht an eine bestehenden Bildungseinrichtung angeschlossen ist, nicht sinnvoll ist. Es gibt ja bis heute keine Kostenrechnung für diesen Bereich. Wir können nicht mit einer Vollkostenrechnung nachvollziehen was derzeit das Essen in anderen Bereichen kostet. Das wäre schon eine gute Voraussetzung um einen Fremdvergleich durchführen zu können. Natürlich spielt es immer eine Rolle moralisch korrekt zu kochen und es spielt auch eine Rolle was dieses am Ende des Tages kostet.

Daher glaube ich, dass es eine Chance ist jetzt diese Initiative für eine Technische Universität in Wels gestartet zu haben. Natürlich wird dieser Bereich gleich in einen zweistelligen Millionenbetrag gehen. So war die Wortmeldung des Herrn Bürgermeisters in den Medien auch zu verstehen. Wir gaben sozusagen ein Bekenntnis dazu uns intensiv einzubringen. Es würde natürlich Sinn machen eine Mensa-Küche einzurichten, dass womöglich eine Chance besteht auch die Welser Kinder zu verpflegen.

D.h. nutzen wir gemeinsam die Chancen, geben wir diesem Antrag eine Zustimmung und schauen wir in der Folge welche Möglichkeiten sich ergeben eine Küche mit einer Kombination einer Bildungseinrichtung so zustande zu bekommen, dass diese für die Zukunft auch wirtschaftlich betreibbar ist.

GR. Wiesinger: Bei einigen Wortmeldungen wurde doch bewusst einiges weggelassen. Zu Beginn möchte ich mich bei StR. Josseck-Herdt bedanken, es gab nicht nur Verteidiger der Firma Sodexo sondern auch Kritiker. Den Wortmeldungen nach war es ja schon eine Lobeshymne über den Anbieter. Vor einigen Jahren war das noch ganz anders. Wir haben einige Hobbyjuristen, Hobbyköche, Hobbyplaner. Besonders gefallen hat mir die lange Diskussion zu diesem wirklich wichtigen Thema. Hier geht es um die Zukunft der Kinder der Stadt Wels.

Der Herr Bürgermeister meinte es ist wichtig, dass das Essen schmeckt. Ja, wenn es so einfach wäre, dann würden vier große Fritteusen für die Herstellung von Pommes Frites genügen – das schmeckt den Kindern. Jeder, der Kinder hat weiß, Geschmäcker sind verschieden. Geschmack kann man bei der Kinderauspeisung nicht definieren. Es geht ganz klar um die Qualität. Diese wurde geprüft und ist offensichtlich in Ordnung. Wichtig ist die Regionalität und die Saisonalität, aber ganz wichtig ist die Versorgungssicherheit. Corona lehrte uns eines – wenn die Grenzen geschlossen werden, haben wir Probleme.

Es ist jetzt möglich klimafreundliche Anbieter bei Ausschreibungsverfahren besonders zu bevorzugen. Das ist nicht ausschreibungswidrig, das kann ich machen. Hier stelle ich mir die Frage, ob der 1000 km entfernte Anbieter nachweisen kann klimafreundlich zu sein? Eine Möglichkeit bestünde die Speisen mit der Eisenbahn zu bringen.

Ich erinnere mich an eine Ausschreibung von Herrn StR. Reindl-Schwaighofer zur Nachmittagsbetreuung. Es wurden die Eltern befragt wie folgt: Würden sie ihr Kind nachmittags betreuen lassen? Ja oder nein? Hier wurden die Kosten auch nicht erwähnt.

Man kann über eine Zentralküche diskutieren. Wir wissen alle – hier bin ich StR. Lehner dankbar dies erwähnt zu haben – es wird nicht genügen irgendwo in die grüne Wiese (z.B. Kaiserschützenpark) eine Küche zu errichten. Diese muss an eine bestehende Einrichtung angehängt werden, damit es Sinn ergibt. Wenn wir das Problem Regionalität lösen wollen, geht das nur über eine schnelle Ausschreibung. Dann können wir schauen, ob es einen Standort gibt für den Zubau einer Zentralküche – über so etwas kann man diskutieren. Nur ist dies ein langfristiges Ziel.

GR. Ganzert: Eine Richtigstellung: Lieber Markus, ich wollte dich nicht nötigen – nicht dass du das irgendwie falsch siehst. Du hast mich jedoch falsch verstanden. Ich sagte wie sehr wir hinter Elternbefragungen stehen. Habe sogar Mag. Schindler als positives Beispiel erwähnt und den Kindergarten vorgezogen. Es ging darum diese Frage explizit zu verknüpfen, und zwar nicht abzufragen: Wollen sie biologisches Essen, ist ihnen das wichtig? Sondern: Wollen sie biologisches Essen, wenn sie dafür mehr zahlen? Wenn wir vielleicht wüssten, dass biologisches Essen den Leuten wichtig ist, wir aber nicht wissen ob sie dafür mehr zahlen, dann müssen wir das neu bewerten.

GR. Weidinger: Danke für die zahlreichen Wortmeldungen. Danke der Kollegin Josseck-Herdt – ihre Wortmeldung war richtig. Die damalige Magistratsdirektorin Dr. Kamleithner stellte im Jahr 2014 diesen vertragslosen Zustand mit dem Anbieter Taibl fest. Deswegen kam eine Neuausschreibung zustande.

Zu Stefan Ganzert: Es ist mit Sicherheit keine Büttenrede. Wir machten uns sehr viele Gedanken darüber und ich las mich ein in diverse Fachzeitschriften, besuchte Homepages zum Thema Vergaberecht. Eine Losteilung ist nach meiner Ansicht nach möglich. Generell muss man sagen, die Bundesregierung ist auf einem guten Weg das Vergaberecht EU-weit anzupassen, damit wir diese Regionalität oder diese Transportwege, Reaktionswege, einfließen lassen können.

Ich bin kein Jurist, aber ich hätte mir erwartet, dass sich der zuständige Referent einmal damit beschäftigt. Wenn einem das Thema wichtig ist, sieht man sich das an bzw. komme als zuständiger Referent zumindest auf die Idee dies voranzutreiben.

Lieber Kollege Mag. Teubl, es ist kein Wahlkampf. Wenn es Wahlkampf wäre, hätten wir noch ein halbes Jahr zugewartet und dieses Thema im Juni oder Juli angesprochen. Was bringt uns dieses Thema jetzt? Also mit Wahlkampf hat das nichts zu tun.

Es ist ein Zeitfaktor. Wir wollten etwas Zeit einholen, die uns abhandengekommen ist - deswegen dieser Antrag. Die SPÖ-Fraktion vergleicht immer Äpfel mit Birnen. Es ist schade, wenn dermaßen polemisch gearbeitet wird.

Jetzt gehe ich wieder auf das Jahr 2014 zurück. Damals kochte Herr Harald Taibl bei uns in der Polizeikantine. In dieser Polizeikantine kann man für 800 Personen kochen. Jetzt muss ich dich fragen lieber Johnny, warum kamst du nicht auf die Idee mit der jetzigen Pächterin Kontakt aufzunehmen und zu fragen, ob es ihr möglich wäre die Schulausspeisung zu übernehmen? Eine kleine Adaptierung wäre zu verschmerzen und

könnte man machen. Denn ich glaube, es ist dort möglich. Ich sprach aber noch nicht mit der Pächterin, denn das, lieber Johnny, ist wieder deine Verantwortung. Du entziehst dich deiner Verantwortung immer indem du seit fünf Jahren eine Zentralküche forderst. Soll diese dann „Johnny Reindl-Schwaighofer-Zentralküche“ heißen? Ich glaube nicht, dass es so einfach geht, immer nur fordern und nichts liefern!

In Summe freut es mich trotzdem, danke an die SPÖ-Fraktion für die Zustimmung. Ich glaube es kann gelingen in Zukunft eine gemeinsame Sichtweise über die Versorgung unserer Kinder zu haben. Der Antrag ist gut, wir werden etwas zustande bringen, wir haben genügend Zeit das Ganze vorzubereiten. Im Sommer nächsten Jahres werden wir zumindest vergaberechtlich mehr wissen. Danke für die Wortmeldungen und ihre Zustimmung.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

1.)

vordringlicher Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Änderung der Tarifordnung für die Lernbetreuung
in ganztägig geführten Welser Pflichtschulen
Verf-015-I-20-2020

StR. Reindl-Schwaighofer: Dieses Thema wurde im Gemeinderat schon öfter diskutiert. Anhand der vorhin geführten Debatte muss ich hier sehr ausführlich werden, damit keine Fragen offen bleiben, die dann uminterpretierbar sind. Die Ganztageschule diskutierten wir in den letzten fünf Jahren fast in jeder Sitzung. Es gibt ein großes öffentliches Interesse an der Diskussion zum Thema schulische Leistungen. Wie sieht es mit den Jugendlichen aus, die die Schule verlassen und keine Chance auf eine Berufsausbildung haben? Wie schaut die FABA-Quote in der Stadt aus? Die FABA-Quote ist ein Indikator, der im Vergleich die österreichischen Bezirke misst, z.B. wie viele Jugendliche mit 25 Jahren keinen Pflichtschul- und Berufsausbildungsabschluss haben.

Leider haben wir lt. FABA-Quote bei den Abgängen in der Stadt Wels den schlechtesten Wert. Wir sind in diesem Wert sogar schlechter als der Durchschnitt der schlechteren Wiener Bezirke. Das heißt: Wir haben ein ganz, ganz großes Problem! Das Problem besteht darin, dass demografisch die Jahrgangskohorten weniger werden und daraus weniger Nachwuchs kommt. Auf der anderen Seite besuchen immer mehr Jugendliche

höhere Schulen und stehen dadurch dem Markt für die Lehrausbildung nicht zur Verfügung.

Wir brauchen Jugendliche, um sie zu Fachkräften im dualen Ausbildungssystem auszubilden. Sie sind aber in der von den Betrieben gewünschten Leistungsfähigkeit nicht verfügbar. Nach neun Schuljahren nicht sinnerfassend lesen zu können ist kein Schlagwort, sondern leider nachweisbar. Es gibt viele Studien zu diesem Thema. Viele Jugendliche haben leider im Alter von fünfzehn Jahren die schulischen Grundlagen nicht, um in eine Lehre direkt einzusteigen. Es gibt ein großes Angebot von Überbrückungs- und Nachreifungsmaßnahmen, die das Arbeitsmarktservice anbietet.

Im Integrationsbericht der Bundesministerin von voriger Woche ging es darum, dass in Österreich ca. 2 Mio. Menschen einen Migrationshintergrund haben. Vielfältige Herausforderungen aus diesem Bereich kommen noch hinzu. Es sind in den Welser Pflichtschulen 68,6 % Kinder, die nicht Deutsch als Muttersprache haben. Das heißt aber nicht, dass diese nicht Deutsch können, sondern sie haben eine andere Erstsprache. Es gibt viele Familien mit Kinder, die die Erstsprache und Deutsch gut beherrschen. Es ist ein Indikator, der uns verdeutlicht welche Herausforderungen wir in den Schulen haben.

In diesem Antrag geht es darum, was kann die Stadt Wels tun um Kinder, Jugendliche und Schüler in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Experten und Medien berichteten, dass die Kinder Ganztagesangebots brauchen, um eine Chance zu haben diesen Anforderungen des Pflichtschulsystems und des späteren Arbeitsmarktes entsprechen zu können. Es gab auf Initiative der SPÖ-Fraktion ein Gespräch zum Thema Arbeitsmarkt. Diese Einladung des Herrn Bürgermeister war eine gute Sache, weil sehr viel diskutiert wurde und von der Regionaldirektorin im Pflichtschulbereich, Frau Lang, ganz eindeutig gesagt wurde, dass als wichtigste Aufgabe wir ausreichend Ganztagesplätze in den Welser Pflichtschulen in allen Stadtteilen verfügbar machen müssen – am besten kostenlos!

Die Gebühren sind immer noch ein Ausleseinstrument und es gibt leider immer noch Familien, selbst wenn wir diese Kosten mit einer Tarifordnung mit abgestuftem System und Einkommensberücksichtigung usw. einheben, die sich diese nicht leisten können. Wir haben auf der anderen Seite das Problem die vielseitigen Herausforderungen nur lösen zu können, wenn wir diesen einen wichtigen Schritt - viele Kinder wie möglich in der Ganztagesangebots zu haben - auch unterstützen, indem wir die ausreichende Infrastruktur als Schulerhalter verfügbar machen.

Was ist die ausreichende Infrastruktur? Das Bildungsministerium und die Experten sprechen davon, es ist eine Teilnahme von 40 % nötig, um in die Nähe der Angebots- und der Nachfrageabdeckung zu kommen. Wir sind in Wels mit den Horten bei etwas über 21 %. Das heißt, wir haben ein großes Defizit in diesem Bereich, weil wir Kindern, die es brauchen würden, die notwendigen Plätze nicht verfügbar machen. Für das Angebot der Ganztagesangebots ist die Kommune zuständig. Wir müssen die Infrastruktur verfügbar machen, um den Lehrern die Möglichkeit zu geben Ganztagesangebots in ihren Schulen umzusetzen, die von den Eltern und Lehrern verlangt und benötigt werden.

Wieso jetzt diese umfangreiche Einführung? Ich sprach bei den Budgetverhandlungen mit dem Bürgermeister darüber, dass wir eine Absenkung der Kosten bzw. einen Nulltarif an den Ganztagesangebots brauchen würden. Es gibt mehrere ausgearbeitete Modelle mit

höheren Einstiegsgehältern um zu sehen, wie sich das verändert mit einer abgestuften Tarifordnung. Die Ganztagesesschule ist wichtig und wird als Lippenbekenntnis auch von allen erwähnt. Trotzdem wird das dafür Notwendige nicht verfügbar gemacht.

Der Antrag richtet sich in die Richtung, dass wir über die Elternbeiträge als Stadt Wels einen Überschuss auf der Ebene der Gebühren erwirtschaften. Dabei erlangen wir sogar einen Überschuss als Stadt Wels. Im letzten Jahr betrug dieser 98.279,00 Euro und das obwohl übergeordnete Stellen die Ganztagesangebote in den Kommunen fördern. Es gibt dafür eine Förderung der Personalkosten. Im letzten Jahr hatten wir effektive Kosten von 364.194,93 Euro, wobei die Förderung der Personalkosten 462.473,95 Euro betrug.

Die Gebühren sind so zu gestalten, dass wir keine Überschüsse produzieren, weil ich denke, es ist nicht im Sinne der Zuschussgeber für die Ganztagesesschule der Stadt Wels für die Förderung der Ganztagesesschule Geld zu überweisen, damit sich diese Überschüsse erwirtschaftet. Es kann natürlich auch gesagt werden, dass eine Schule ein großes Volumen an Kosten hat. Wenn ich in die Vollkostenrechnung die Ganztagesgebühr dazurechne, dann gibt es natürlich keinen Überschuss. Was aber ist in den Schulen ohne Ganztagesangebote? Ganztagesangebote in Schulen fördern heißt Investition in die Schüler und nicht Investition in das Schulgebäude. Dafür gibt es andere Förderungen. Ich ersuche sie diesen Antrag gemeinsam mit uns zu beschließen, um den Eltern einen Teil der Ganztagesgebühr zu ersparen

Wir haben in Wels immer noch eine unterdotierte Schulsozialarbeit. Es würden drei bis fünf Personen mehr benötigt, um damit eine echte Unterstützung für die Schulen und für die Lehrer zu erwirken. Es werden immer weniger Eltern gefunden, die bereit sind sich in die Elternarbeit aktiv einzubringen. Dazu gibt es Modelle.

Mit der Corona-Diskussion vor Augen brauchen wir, sofern es wieder zu einem Lockdown kommen sollte, noch mehr Möglichkeiten die Schüler ohne Zugang zu Ressourcen zu unterstützen. Eigentlich sind wir als Stadt aufgerufen jedem Kind, wo die Eltern einen Ganztagsplatz für ihr Kind möchten, diesen auch verfügbar zu machen. Bei dieser Diskussion wurde von Frau Lang nach Frage des Herrn Bürgermeisters auch angesprochen, ob diese nicht zusammengemischt werden können. Ja, es kann ein Ganztagesangebot auch schulübergreifend gemacht werden. Wenn das organisatorisch machbar ist, ist das sicher ein guter Weg.

Meiner Ansicht nach funktioniert es nicht. Es ist unter Pädagogen ganz klar und rechtlich nicht ganz eindeutig Volksschule auf NMS übergreifend zu machen. Bei den Neuen Mittelschulen gibt es im Stadtteil Pernau noch kein Angebot. Dort diskutieren wir ob es möglich ist, dass Kinder aus den Stadtteil-NMS in der Sport-NMS ein Ganztagesangebot besuchen. Meiner Meinung nach geht es überhaupt nicht, dass die Kinder im Autobus sitzen und die Schulen sich mit dem Stundenplan abstimmen müssen. Dieser muss kompatibel sein, die Kinder wechseln von einer Schule in die andere. Diese Möglichkeit bezweifle ich.

Ich ersuche sie mit uns gemeinsam diese Entlastung der Eltern von Kindern in der Ganztagesesschule zu beschließen, um unsere Jugend zukunftsfit zu machen.

GR. Schäfer, BSc: Auch der FPÖ-Gemeinderatsfraktion liegt das Wohlergehen der Welser Schüler am Herzen. Ich kann gleich zu Beginn entwarnen, wir haben in Wels

noch ausreichend Kapazitäten in der Nachmittagsbetreuung. Es stellt sich für uns die Frage, ob die gänzliche Kostenfreistellung der Weisheit letzter Schluss ist, denn ein Sprichwort sagt: „Was nichts kostet, ist nichts wert“.

Der vergangene Corona-Gipfel zeigt auf, dass auch andere Themen eine Rolle spielen und so fällt und steht das Thema Bildung an der Einstellung der Eltern. Dennoch stellt sich für uns die Frage welcher Betrag für die Nachmittagsbetreuung adäquat ist. Eine soziale Staffelung für die Kinder gibt es bereits. D.h. ein Kind bezahlt einen Betrag, das zweite Kind nur noch einen Teilbetrag und das dritte Kind muss gar nichts mehr bezahlen.

Wie schaut die Finanzierung der Maßnahme überhaupt aus? Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Schäfer, BSc auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 2) in den zuständigen Ausschuss wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
gegen 1 Nein-Stimme (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vbzgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

2.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Erhaltung der Traunau
Verf-015-I-18-2020

GR. Mag. Teubl: Die Coronazeit hat in mancherlei Hinsicht unseren Blick auf das Naheliegende, das Wesentliche und das für die eigene Befindlichkeit Unabdingbare gelenkt. So wurde vielen Welsern während dem Lockdown und auch in der Zeit danach die Bedeutung eines stadtnahen Erholungsraumes deutlich bewusst. Viele Menschen wie nie zuvor hatten die nähere Umgebung für Spaziergänge, sportliche Aktivitäten oder einfach zum Chillen genutzt.

Eines der wichtigsten Naherholungsgebiete für Wels ist zweifelsohne die Traunau. Die Traunau ist jenseits der Welser Wehr flussaufwärts schon seit längerem ein Natura-2000-Gebiet und damit unter besonderen Schutz gestellt. Nicht so aber der im Stadtgebiet befindliche Teil von der Rosenau bei der Kunsteisbahn beginnend bis zum Beginn des Schutzgebietes. Hier kommt es immer wieder vor, dass Begehrlichkeiten in Richtung

Umwidmung von Grundstücken geäußert werden. Hin und wieder wurden solche Umwidmungen tatsächlich schon genehmigt.

Wir GRÜNE sehen hier einen gewissen Schutzbedarf, damit dieser Erholungsraum uneingeschränkt erhalten bleibt. Wir schlagen daher vor ein für alle Mal festzustellen, dass es in Zukunft solche Umwidmungen nicht geben wird und die Traunau in ihrem derzeitigen Umfang erhalten bleiben soll. Darauf zielt dieser eingebrachte Antrag ab.

Wir glauben es soll innerhalb des unmittelbaren Uferbereichs – in einer Zone von etwa 100 Metern und dort, wo bereits gerodet wurde – eine Aufforstung erfolgen, sodass dieser Grünzug jedenfalls zumindest in einer Breite von 100 Metern vom Ufer gerechnet durchgängig vorhanden ist. Dazu müsste man den Grundstückseigentümern entsprechende Anreize bieten. Wir sind aber vor allem dafür im derzeitigen Örtlichen Entwicklungskonzept festgeschriebene Baulandbegrenzungen für alle Zukunft beibehalten zu lassen. Das ist das Mindeste, was wir als Stadt für den Erhalt dieses Naherholungsraumes tun können. Dieser Naherholungsraum soll natürlich nicht nur erhalten bleiben, sondern er soll entsprechend gepflegt und attraktiv gestaltet werden. Es sollten hier zusätzliche Bänke aufgestellt, gut begehbare Wege, mehr windgeschützte Mistkübel installiert und die ständige Sauberkeit dieser Wege gewährleistet werden. Das alles sollte unsere Stadt leisten.

Wir wissen die Traunau endet nicht an der Grenze unseres Gemeindegebietes. Die Welser sind genauso gerne jenseits der Traun unterwegs – auf Thalheimer Stadtgebiet oder in Steinhaus, Gunskirchen etc. Auch dort sollte dieser Schutz gewährleistet sein. Daher sollten wir uns als Stadt Wels mit den Umlandgemeinden kurzschließen, um gemeindeübergreifend eine solche Maßnahme zu setzen.

In dieser Angelegenheit sollte von Seiten des Bürgermeisters eine gemeindeübergreifende Initiative gesetzt werden und diese feierliche Erklärung des Willens der beteiligten Gemeinden im Zuge einer Au-Deklaration schließlich unterzeichnet werden. Auf jeden Fall wollen wir das für unser Stadtgebiet, damit in Zukunft die Naherholungsfunktion dieses Bereiches erhalten bleibt. Ich ersuche sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

GR. Wiesinger: Die Stadt Wels hat mit dem Traunufer ein Juwel vor der Haustüre. Wir werden von vielen Städten darum beneidet und sind uns über den Schutz des Traunufers einig. Ich stelle mir die Frage, was ist ein 200 m breiter Streifen? Man kann es sich im Internet ansehen, aber der genaue Verlauf ist schwierig nachzuvollziehen. Außerdem muss nicht jede Umwidmung negativ für das Traunufer und nicht jede Rodung etwas Schlimmes sein. Einer Rodung folgt eine Wiederaufforstung.

Die GRÜNEN fordern überhaupt ein Rodungsverbot, also keine Rodungsbewilligung und deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, dieses Thema noch einmal im zuständigen Ausschuss zu behandeln, damit wir eine Schutzstellung des Traunufers mit Hausverstand durchführen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 3) in den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

3.)

Franz Welser-Möst, 4863 Seewalchen, Litzbergerstraße 67;
Verleihung des Ehrenringes der Stadt Wels
BdB-325-01-1-2020

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.08.2020:

Herrn Franz Welser-Möst, wohnhaft 4863 Seewalchen, Litzbergerstraße 67, wird in Würdigung seiner außergewöhnlich herausragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels der Ehrenring der Stadt Wels verliehen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Ing. Dr. Paul Rübiger, MEP a.D., Wels, Johann-Strauß-Straße 31;
Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens der Stadt Wels
BdB-325-01-2-2020

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.08.2020:

Herrn Abgeordneten zum Europäischen Parlament a.D. Ing. Dr. Paul Rübiger, wohnhaft Wels, Johann-Strauß-Straße 31, wird in Würdigung seiner besonders herausragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels das Große Goldene Ehrenzeichen der Stadt Wels verliehen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Harald Drescher, Wels, Billrothstraße 39;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-3-2020

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.08.2020:

Herrn Harald Drescher, wohnhaft Wels, Billrothstraße 39, wird in Würdigung seiner besonders hervorragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Peter Kaiba, Wels, Volksgartenstraße 5;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-4-2020

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.08.2020:

Herrn Peter Kaiba, wohnhaft Wels, Volksgartenstraße 5, wird in Würdigung seiner besonders hervorragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

7.)

Cordelio Malavasi, Wels, Volksgartenstraße 7;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-5-2020

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.08.2020:

Herrn Cordelio Malavasi, wohnhaft Wels, Volksgartenstraße 7, wird in Würdigung seiner besonders hervorragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Prok. Ing. Elisabeth Berghofer, p.A. Wels, Negrellistraße 36;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-6-2020

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.08.2020:

Frau Prokurist Ing. Elisabeth Berghofer, p.A. Wels, Negrellistraße 36, wird in Würdigung ihrer besonders hervorragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

9.)

DI. Dr. Clemens Steiner, p.A. Wels, Negrellistraße 36;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-7-2020

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.08.2020:

Herrn DI. Dr. Clemens Steiner, p.A. Wels, Negrellistraße 36, wird in Würdigung seiner besonders hervorragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

10.)

GR. a. D. Mag. Mato Simunovic, Wels, Schloßstraße 5;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER
BdB-325-01-8-2020

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.08.2020:

Herrn GR. a.D. Mag. Mato Simunovic, wohnhaft Wels, Schloßstraße 5, wird in Würdigung seiner hervorragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER verliehen.

GR. Ganzert: Ich darf mich den lobenden Worten anschließen. Auch ich hoffe, dass Kollege Mag. Simunovic in der nächsten Periode wieder bei uns ist. Ich gehe von einem Wahlerfolg der SPÖ-Fraktion aus, dadurch werden ein paar Sessel mehr hier stehen und Kollege Mag. Simunovic wird wieder Seite an Seite für die Welser mit uns kämpfen.

Für die Verdienstmedaillenverleihung in Silber gibt es Statuten, aber er hätte mindestens Gold verdient, weil er immerhin Präsident der Oberösterreichischen Kroaten ist. Ich bin gespannt wie sich der Gemeinderat 2021 abbilden wird. Mag. Simunovic hat sich als

Bindeglied verstanden zwischen Welsern, die hier eine neue Heimat gefunden haben, und dem Gemeinderat bzw. der Politik.

Der Herr Bürgermeister sagt immer, dass den Kreis der Eingeladenen zur Verleihung sich der zu Ehrende aussucht. Wir werden oft darauf angesprochen, dass die Ehrenden gemeint hätten, es wären alle eingeladen und sie hätten sich gefreut. Gerade bei Mag. Simunovic ist es selbstredend, dass er sich über eine Teilnahme unsererseits außerordentlich freuen würde.

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Stefan, wie viele Stühle wir dann im Gemeinderat aufstellen müssen werden wir sehen. Wer als Zuseher hier sitzt oder mit Gemeinderatsmandat wird sich zeigen, aber dazu gibt es Wahlen. Das ist gut so!

Unabhängig davon habe ich es so aufgefasst, dass du gerne zu der Ehrung eingeladen werden möchtest. Ich werde ihn trotzdem fragen wen er dabeihaben will, gehe aber davon aus, dass du als Fraktionsobmann naturgemäß von ihm als Gast gewünscht wirst. Alles andere würde mich überraschen.

Wir haben als Gemeinderat die Verpflichtung uns noch etwas in der Hinterhand zu bewahren. Wir wissen, Herr GR. Mag. Simunovic wird 2023 60 Jahr alt und nicht umsonst hat Herr Welser-Möst zu seinem 60. Geburtstag diese Ehrung erhalten. Wir werden sehen, was zu seinem 60. Geburtstag noch alles möglich ist.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

11.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2020/010

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Stadtsenat am 07.07.2020 und im Finanz- und Präsidialausschuss am 31.08.2020:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

12.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2020/011

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Stadtsenat am 04.08.2020 und im Finanz- und Präsidentialausschuss am 31.08.2020:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

13.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2020/012

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Stadtsenat am 18.08.2020 und im Finanz- und Präsidentialausschuss am 31.08.2020:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

14.)

Neugestaltung Kaiser-Josef-Platz;
Darlehensbeschluss
FD-Fin-915-2020

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschusses, Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und im Verkehrsausschuss am 14.09.2020:

1. Die Finanzierung der noch nicht bedeckten Investitionskosten der Stadt Wels betreffend die Planung und Realisierung der Neugestaltung des Kaiser-Josef-Platzes (ohne Finanzierung des Realisierungswettbewerbs i.H.v. € 208.200,--) i.H.v. maximal € 8,073.750,00 durch Kredit- bzw. Darlehensaufnahme wird genehmigt. Die Darlehen sind entsprechend dem tatsächlichen zeitlichen Finanzierungserfordernis in Abstimmung mit der Kassenliquidität aufzunehmen.
2. Der Finanzreferent und die Finanzierungsdirektion werden ermächtigt, die entsprechenden Kreditoperationen in Verbindung mit dem Grundsatzbeschluss und den Auftragsvergaben (Sachbeschluss) und diesem Finanzierungsbeschluss durchzuführen.

GR. Hufnagl: In diversen Presseaussendungen der Stadt Wels war zu lesen, dass die Kosten mit 7 Mio. Euro begrenzt werden sollen. Jetzt sprechen wir aber von über 8 Mio. Euro, auch deswegen weil eine ziemliche Ungenauigkeit von +/- 20 % bei den meisten Positionen einkalkuliert ist. 20 % sind schon etwas viel und entsprechen 1,3 Mio. Euro.

Wenn schon die Öffentlichkeit informiert wird, sollte sie ehrlich informiert werden. Nicht, dass es auf max. 7 Mio. Euro begrenzt wird und irgendwo steht dann, dass es über 8 Mio. Euro kosten darf.

StR. Lehner: Ich bin sehr froh über diesen Finanzierungsbeschluss. Markus Hufnagel, es gab in der Presseaussendung beide Zahlen. Mir als Baureferent ist es schon wichtig in diesem Stadium der Diskussion Zielvorgaben zu machen, weil kein Architekt und Planer sagen kann, wo wir genau landen.

Die Beträge für die Architekten, die wir jetzt ausgewählt haben sind realistisch. Als Baureferent will ich das ausweisen, auf der einen Seite hatten wir scharfe Vorgaben für die Architekten, auf der anderen Seite vertraglich gesichert mit Verträgen. Als Baureferent weiß ich, es ist speziell heuer aufgrund von Corona sehr schwierig die Kosten abzuschätzen.

Wir alle werden bei der einen oder anderen Entscheidung aufgefordert sein uns für Qualität zu entscheiden und damit Mehrkosten in Kauf zu nehmen. Wir wollen die Attraktivität des Platzes erhöhen und uns die Entscheidungsfreiheit geben, ob wir z.B. in schönere, in langlebigere Tröge investieren wollen. Daher diese große Bandbreite mit den über 8 Mio. Euro.

GR. Ganzert: Ich war der Meinung wir diskutieren jetzt beide Punkte, weil sie zusammenhängen, denn ohne Projekt keine Finanzierung. Der Herr Bürgermeister hat sich schön darüber hinweggerettet, es sei so transparent gewesen in den Ausschüssen. Ja, es haben drei Ausschüsse gemeinsam stattgefunden und das klingt anders, als wenn es mehrere Ausschusssitzungen waren.

Es kann gesagt werden, es ist eine Wortklauberei. Es kann aber auch gesagt werden, es ist zum ersten Mal, dass der Bürgermeister das von ihm ausgegeben Diktat „keine neuen Schulden“ aus dem Jahr 2015 bricht. Dass der Herr Bürgermeister in dieser Stadt einiges verändert hat, merkten wir mit den vielen Sparmaßnahmen. Vorhin beim Thema der Verpflegung von Kindern und Schülern hörten wir wo das Hauptaugenmerk liegt. Jetzt wird auf einmal das Ganze geändert. Wir haben unsere Position zu neuen Investitionen klar gemacht, welche der Wirtschaft etwas bringen wird und womit wir etwas bewegen können.

Wenn es um viel Geld geht, um große Projekte, um Prestige, dann möchte man scheinbar nicht so viel Transparenz, dann möchte man die Sachen ziemlich schnell durchpeitschen. Das war beim Amtsgebäude Greif und bei vielen anderen Dingen nicht anders. Es gab ganz kurzfristig die Verträge, die Pläne etc., damit man sich dann eine Meinung bilden kann. Es ist eher unüblich den Ausschuss erst nach Aktenabgabe für den Gemeinderat abzuhalten. Es kommt zwar in den Ausschuss, aber die Diskussion und das Abstimmungsergebnis wird nicht abgewartet, es wird alles einfach durchgetragen.

Es bestand die Möglichkeit den Architekten Fragen zu stellen. Allerdings hat mich das Tempo für dieses Projekt verblüfft. Als Nicht-Jury-Mitglied bekam man die Erstinformation am Vormittag bei der Pressekonferenz bzw. in den sozialen Medien. Bekommen haben wir die Präsentation heute um 11.00 Uhr – vier Stunden vor diesem Gemeinderat. Was kann man sich in diesen vier Stunden noch alles ansehen? Wir sind durchaus motiviert und nehmen das alles auf uns. So zu tun, dass dies ein transparenter Prozess ist wo alle eingebunden waren, zeigt den Willen dieses Projekt durchzudrücken.

Wir stehen zu Infrastrukturprojekten, zum Abschluss einer Verschönerung und Attraktivierung unserer Innenstadt. Alles begann bereits vor 2015 mit den Fußgängerzonen, mit einem Stadtplatz und endet jetzt mit einem Kaiser-Josef-Platz. Geschmäcker sind verschieden. Jeder wird einen subjektiven Eindruck haben.

Es wird von einer Transparenz gesprochen, die es aus unserer Sicht so nicht gegeben hat. Ich hätte mir gewünscht gemeinsam an einem Strang zu ziehen, um gemeinsam mit bestem Gewissen hinter etwas stehen zu können. Die Hauptsache, um die es dem Herrn Bürgermeister geht, ist Bilder und Botschaften zu erzeugen, medial aufzutreten und dadurch einen gewissen Erwartungsdruck in den Entscheidungsgremien aufzubauen. Wenn es eine bessere Idee geben würde, hätten wir gar nicht die Zeit darüber zu diskutieren und diese umzusetzen, weil diese „Speed Kills“, der Zeitdruck das eigentlich gar nicht ermöglichen. Nichtsdestotrotz wird das die SPÖ-Fraktion unterstützen.

GR. Ing. Stojanovic, BSc: Stefan, es geht hier nicht um ein Prestigeprojekt von irgendwem. Zumindest die FPÖ-Fraktion macht Projekte für die Welser Bürger und nicht für irgendein Prestige.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

GR. Elke Ruetz verlässt um 17.15 Uhr die Gemeinderatsitzung.

Berichterstatterin Stadträtin Margarete Josseck-Herdt

15.)

Kellner & Kunz AG, Wels, Boschstraße 37;
Errichtung eines Betriebskindergartens;
Subventionsvereinbarung
KI-103-14-2020

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 27.08.2020:

Der Gemeinderat möge die beiliegende Subventionsvereinbarung zwischen der Stadt Wels und der Fa. Kellner & Kunz AG zur Errichtung eines Betriebskindergartens mit einem max. Subventionsbetrag von € 90.000,- beschließen.

GR. Scheinecker, BA: Ich musste mich leider im Generationenausschuss entschuldigen, aber die SPÖ-Fraktion freut sich sehr über die Erweiterung des Kinderbetreuungsangebotes durch diesen Standort. An dieser Form von Betriebskindergärten finde ich wesentlich, dass die Wirtschaft die Standortfaktoren erkennt. Wir führen ganz oft darüber Diskussionen wie wir die örtliche Wirtschaft fördern können, was wichtig ist damit diese Stadt floriert. Es gibt dazu die unterschiedlichsten Ansichten. Dieser Wohlfühlcharakter ist in Zukunft ganz wichtig für die soziale Infrastruktur in der Stadt.

Es ist durchaus zu begrüßen, wenn hier eine Symbiose zwischen Politik und Wirtschaft entsteht und wir gemeinsam daran arbeiten können, damit zukünftig das Angebot noch besser wird.

GR. Weidinger: Auch die ÖVP-Fraktion möchte sich auf diesem Weg bei der Fa. Kellner & Kunz AG für die Erweiterung der Kinderbetreuung in Wels bedanken. Es ist wieder ein Mosaiksteinchen dazugekommen. Wir finden das ganz wichtig und würden natürlich Folgeprojekte von anderen Firmen im Kindergartenbereich unterstützen.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

GR. Walter Zaunmüller verlässt um 17.30 Uhr die Gemeinderatsitzung.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Klaus Hoflehner

16.)

Neugestaltung Kaiser-Josef-Platz; Grundsatzbeschluss nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019; Auftragsvergabe Generalplaner an Steinkogler Aigner Architekten ZT GmbH, 1030 Wien, Geusaugasse 31/3; Auftragsvergabe Unterstützung der Stadt Wels an Delta Baumanagement GmbH, Wels, Kalkofenstraße 21; BauD-BauS-393-01-2020
miterledigt: BauD-P-001-2020

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschusses, Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und im Verkehrsausschuss am 14.09.2020:

1. Beiliegender Vertrag betreffend Beauftragung eines Generalplaners für die Neugestaltung des Kaiser-Josef-Platzes an Steinkogler Aigner Architekten ZT GmbH, Geusaugasse 31/3, 1030 Wien, mit einer Auftragssumme in der Höhe von € 420.000,00 brutto (Beilage 1) wird beschlossen.
Die mittelbewirtschaftende Stelle wird ermächtigt, nach Maßgabe der gegenständlichen vertraglichen Vereinbarung die Auftragssumme zur Bedeckung unvorhergesehener Mehrleistungen, die anlässlich der Vertragsabwicklung erforderlich werden, im Bedarfsfall um bis zu 5% zu überschreiten.
2. Beiliegendes Auftragschreiben betreffend begleitendes Controlling der Stadt Wels an die Delta Baumanagement GmbH, Wels, Kalkofenstraße 21, mit einer Auftragssumme in der Höhe von € 89.400,00 brutto (Beilage 2) wird beschlossen.
Die mittelbewirtschaftende Stelle wird ermächtigt, nach Maßgabe der gegenständlichen vertraglichen Vereinbarung die Auftragssumme zur Bedeckung unvorhergesehener Mehrleistungen, die anlässlich der Vertragsabwicklung erforderlich werden, im Bedarfsfall um bis zu 5 % zu überschreiten.
3. Grundsatzbeschluss: Die weitere Durchführung des Projektes in Planung und Realisierung „Neugestaltung des Kaiser-Josef-Platzes“ wie unter Punkt Sachverhaltsdarstellung beschrieben mit veranschlagten Gesamtkosten von € 6.282.400,00 brutto +/- 20 % wird grundsätzlich beschlossen. Beschlusspunkte 1. und 2. bleiben hiervon unberührt.
4. Die geschätzten Gesamtkosten für das Projekt Neugestaltung des Kaiser-Josef-Platzes betragen € 6,791.800,00 brutto; die Kostengenauigkeit für die Beschlusspunkte 1 bis 3 beträgt insgesamt +/- € 1.281.950,00, somit beträgt der maximale Rahmen € 8,073.750,00 brutto.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Der Kaiser-Josef-Platz ist wirklich ein Platz des Ankommens, des Abfahrens und ein Platz der Bewegung. Wir möchten mit der Neugestaltung einen Platz des Verweilens schaffen. Die Aufenthaltsqualität ist wichtig und diese wollen wir steigern. Wir möchten den Platz attraktiver machen. Das gelingt natürlich durch soft facts der blauen und grünen Infrastruktur. Ich freue mich, dass ich dafür zuständig bin, denn diese soft facts machen den Platz oft erst richtig sympathisch.

Stefan meinte es kommen nur kleine Bäume. Ja, aber ich freue mich über diese Bäume. Es ist ein großer Schritt eine grüne Oase zu schaffen. Wir schaffen es mit Podesten, damit wirklich Bäume gepflanzt werden können. Es sind meistens Flachwurzler, aber es kommen natürlich auch Sträucher und sehr viele Gräser. Wir werden das alles begrünen und am Ende des Platzes wird ein kleiner Park entstehen. Darin steht auch die Statue des Namensgebers dieses Platzes. Das macht den Platz auf, das macht ihn freundlicher und offener.

Auch die vorgesehenen Dächer bei der Businsel machen ihn etwas transparenter und geben den Blick frei. Die Brunnen sind zur Zeit in Planung. Die eingezeichneten

Wasserfontänen werden anders situiert. Natürlich kommen Wasserfontänen und Brunnen, um an warmen und heißen Sommertagen ein bisschen das Klima abzukühlen. Gerade am Stadtplatz war der neue Brunnen am Anfang die große Diskussion - bei jeder Gemeinderatsitzung wurden die Kosten hervorgehoben. Jetzt sieht man wie wichtig genau diese Wasserfontänen für den Stadtplatz sind, wie gut sie angenommen werden, die Menschen verweilen und die Kinder spielen. Genau das möchten wir auch am Kaiser-Josef-Platz erreichen.

Der Platz bleibt in seiner Funktionalität erhalten, das haben die Architekten wunderbar hinbekommen und ich freue mich schon auf die Gestaltung des Platzes.

StR. Lehner: Zur Aufenthaltsqualität des Platzes wurde schon viel gesagt. Es ist eine Grundfunktion eines Platzes in modernen Zeiten. Das ist insbesondere wichtig, weil der Kaiser-Josef-Platz sich speziell im nördlichen Bereich sehr positiv entwickelt. Es sind im Bereich zwischen Kaiser-Josef-Platz und Rablstraße entsprechende Bau- und Wohnprojekte in der Pipeline. Die Innenstadt zu attraktiveren und die Aufenthaltsqualität für die hier wohnenden Menschen zu erhöhen sind wichtige Aufgaben, die wir als Gemeinderat und Politiker haben.

Der Platz hat eine enorme Bedeutung für die Frequenzbringung in der Innenstadt. Einerseits durch den Individualverkehr und – noch viel wichtiger - durch die Busdrehzscheibe. Es ist gelungen beides zu vereinbaren und zusätzlich anzureichern mit den von StR. Hoflehner angesprochenen modernen Mobilitätsformen bis zur Möglichkeit den Platz ideal mit dem Rad zu erreichen. All das ist gegeben und ist wichtig. Wohl fühlt man sich auf einem Platz nur dann, wenn er Tag und Nacht entsprechend attraktiv ist. Am Tag sind es die Pflanzen, die wichtig sind, und in der Nacht und in der Dämmerung ist es die Beleuchtung. Hier bin ich froh mit diesem architektonischen Konzept auch ein Beleuchtungskonzept miteingekauft zu haben, welches in der Nacht Angstträume einerseits vermeidet, auf der anderen Seite eine gute Stimmung vermittelt. Licht erzeugt Stimmung - das ist wichtig.

Damit komme ich zur Funktionalität des Kaiser-Josef-Platzes als Marktplatz - diese ist für die Zukunft abgesichert. Es ist wichtig Veranstaltungen abhalten zu können, egal ob ein Musikfestival oder ein Wochenmarkt bzw. Gelegenheitsmärkte, wie der diese Woche stattfindende Hamburger Fischmarkt. All diese Dinge machen einen städtischen Platz aus. Wir haben uns bei der Projektierung des Wettbewerbs, bei der Ausschreibung und dann bei der Auswahl des Planungsteams bzw. bei der Begleitung des Planungsteams vom Erstentwurf bis zum jetzigen Entwurf bemüht etwas für die Welser zu schaffen. Es soll dies ein großer Schritt für die Zukunft der Innenstadt sein.

Für mich ist es gleichzeitig ein Aufbruch. Wir haben viele Dinge in der Innenstadt abgehakt und gut erledigt. Jetzt dürfen und müssen wir auch wieder intensiv über die Stadtteile nachdenken. Das heißt, wir sind in einer Investitionsphase, wir müssen viele Dinge verbessern.

GR. Hufnagl: Wir sahen uns natürlich das Siegerprojekt genau an; nach den Entwürfen dürfte es ein sehr gelungenes Projekt werden. Mir gefallen die begrünten Dächer ganz besonders. Dazu gibt es heute noch einen weiteren Antrag der GRÜNE-Fraktion und von den NEOS, um das Ganze in die Stadtteile auszurollen. Diese grünen Dächer schaffen

ein Mikroklima zur Luftreinigung etc. – eine tolle Geschichte. Auch die geplanten Bäume finde ich als gelungenes Konzept.

Im Jurybericht steht, dass dieses LED-Konzept sehr überzeugt hat. Es wird dem Platz ein ganz modernes Flair verleihen und eine gewisse Identität geben. Der KJ wurde bisher nur als Verkehrs- oder Umschlagsplatz genutzt. Jetzt wird er so umgestaltet, dass ein Verweilen und Flanieren ermöglicht wird. Ich hoffe, es wird mehr Schanigärten und damit mehr Leben geben.

Prinzipiell ein sehr gelungenes Konzept! So gelungen dieses vorgestellte Konzept ist, muss ich doch ein paar Worte zum Prozess sagen. Dieser war etwas bedenklich. Viele wissen nicht, es gab schon während der Ausschreibung ein Problem. Das Ingenieurbüro für Landschaftsarchitektur und Landschaftsplanung – sprich Landschaftsarchitekten, wurden nicht als teilnahmeberechtigt angeführt, obwohl Gegenstand dieser Planung ein Platz, ein Freiraum ist und dieser in das Fachgebiet der Landschaftsarchitekten und Landschaftsplaner hineinfällt.

Es wurden am Anfang nur Architekten und Zivilingenieure eingeladen. Dann gab es einen Aufschrei in der Branche und es wurden sie irgendwie hineinreklamiert. Der Prozess war aber schon angelaufen. Das hätte bedeutet den Prozess zu stoppen und wieder von vorne zu beginnen. Das wurde aus Zeitgründen dann nicht gemacht. Man wollte die Entscheidung so bald als möglich herbeiführen. Das ist wohl der Wahl im nächsten Jahr geschuldet. Auch in der Jury hätten unsere Landschaftsarchitekten sitzen sollen. Da ist etwas im Prozess verabsäumt worden.

Am 31. August war die Ausschusssitzung, am 14. September wurde das Projekt erst öffentlich gemacht. Vorher war alles ziemlich geheim, wir NEOS waren gar nicht eingebunden und jetzt eine Woche später wird das Projekt beschlossen. Hier würde ich mir etwas mehr Transparenz wünschen, denn es geht um über 8 Mio. Euro und um die Umgestaltung einer der drei wichtigsten Plätze in unserer schönen Stadt.

GR. Scheinecker, BA: Ich freue mich persönlich sehr darüber, dass zumindest auf den Renderings sehr viele Pflanzen sind. Wir hatten im Vorfeld schon sehr oft die Diskussion, ob auf dem KJ Bäume gepflanzt werden sollen oder nicht. Es wurde eine sehr schöne Lösung gefunden. Zumindest sieht es auf den Renderings sehr gut aus – das Endprodukt werden wir sehen.

Lieber Markus, ich gebe dir Recht, der Zeitraum war sehr kurz, um sich das alles anzusehen. Ein paar Fragen sind für mich offen. Die Schnelligkeit hat möglicherweise zu einigen „Haspelfehlern“ geführt. Im Zuge des Planungswettbewerbs wurde aus der Rainerstraße eine Begegnungszone. Ich sehe mir die Renderings vom neuen KJ an und habe daneben die frisch asphaltierte Rablstraße. Das ist der erste Zugang zum KJ. Vielleicht hätte man das Ganze etwas konzeptiver angehen sollen oder sich etwas länger Gedanken darüber machen sollen und hätte man die Verkehrsumgebung miteinbeziehen können, nachdem es ein Ort der Begegnung ist.

Ich finde es sehr schade; ein schwarzer Asphaltfleck ist das Erste was vom Kaiser-Josef-Platz weggeführt und ich hoffe der KJ wird etwas schöner gepflastert. Das alles ist dieser Schnelligkeit, mit der wir die Dinge angehen, zu verdanken. Ich freue mich aber trotzdem darauf, dass aus dem KJ etwas Ansehlicheres wird und hoffe in Zukunft werden die

Planungen etwas weitläufiger sein und die Umgebung etwas besser einbezogen werden wird.

GR. Mag. Teubl: Jetzt gibt es endlich diesen Entwurf für die Neugestaltung des Kaiser-Josef-Platzes und er liegt uns zur Beschlussfassung vor. Zum Prozedere sagte Kollege Hufnagl ja schon, dass hier einige Pannen passiert sind. Ergänzend möchte ich noch fragen, warum die Präsentation des Siegerprojektes verschoben wurde? Eine Überarbeitung eines Projektes kann durchaus auch nach der Präsentation vorgenommen werden. Vor allem ist für mich nicht transparent was genau überarbeitet wurde und welche Veränderungen es gab.

Mir ist aufgefallen, anstelle der ursprünglich vorgesehenen drei Emmentaler-Dächer werden nur zwei realisiert. Ich weiß eigentlich nicht warum, denn das Dritte hätte mir auch ganz gut gefallen. Vielleicht kann irgendjemand dazu eine Antwort geben.

Wie ist das Siegerprojekt jetzt also zu bewerten? Wenn man im Amtsblatt darüber liest oder sich bei der Präsentation des Projektes angehört hat, wo das Projekt überall vorgestellt wurde, dann waren superlative und begeisterte Worte zu hören – auch hier im Gemeinderat. Es wurden plötzlich sehr viele Äußerungen zur Aufenthaltsqualität zum grünen und klimatechnisch verbesserten Kaiser-Josef-Platz gemacht. Es erweckt fast den Eindruck im Gemeinderat herrsche schon ein allgemeiner Konsens darüber, dass Wels eine klimaneutrale Stadt werden will und das möglichst rasch. Das höre ich sehr gerne! Begrünung und Wasser ist etwas, was wir GRÜNEN natürlich immer schon gefordert haben. Dieses Projekt bringt das auch reichlich. Es wird sicherlich helfen das Mikroklima auf dem Platz zu verbessern.

Die Anpflanzung von klimaresistenten Bäumen zeigt uns, es stimmt offensichtlich doch beim Klima irgendetwas nicht. Das finde ich bemerkenswert, frage mich aber nur, ob diese klimaresistenten Bäume auch die Luftqualität soweit verbessern können, dass die Emissionen, die der Verkehr nach wie vor auf dem KJ verursacht, neutralisiert werden. Damit bin ich beim großen Schwachpunkt dieses Projektes, der Verkehrslösung bzw. der nicht vorhandenen Verkehrslösung. Die ist nicht die Schuld der Planer, denn diese hatten entsprechende Vorgaben, wie die Gewährung der Durchfahrt, das Bleiben der Drehscheibe für die Busse etc. Dass am KJ weiterhin Durchzugsverkehr herrscht, dass weiterhin alle paar Minuten acht überlange Autobusse minutenlang herumstehen und beim Ein- und Ausfahren entsprechende Lärm- und Abgasbelastungen mit sich bringen, hätten wir meines Erachtens im Zuge der Neugestaltung des Kaiser-Josef-Platzes durchaus ändern können. Das entwertet für mich ein bisschen auch diese sehr ambitionierten Planungsbemühungen, die uns in diesem Projekt entgegenschauen. Für eine vernünftige Verkehrslösung fehlt uns offensichtlich in Wels nach wie vor sowohl die Fantasie als auch der Mut. Da kann man einfach nichts machen.

Bei der Präsentation des Projekts wurde unter anderem auch von Bürgern aus dem Publikum eine Anbindung an den neu zu gestaltenden Lokalbahnbereich angesprochen. Auch das wäre eine überlegenswerte Sache gewesen. Es wurde eine Citybuslinie, die Rücknahme der Öffnung für den Durchzugsverkehr und vieles andere mehr gefordert. Das wurde offensichtlich von Seiten unserer Stadtregierung für nicht sinnvoll erachtet. Das muss man zur Kenntnis nehmen, aber nicht gut finden.

Weitere Schwachpunkte des Planentwurfes wurden ebenfalls bei der Präsentation angesprochen. Dort kritisierten Anwohner, dass die Überdachung der Busdreh Scheibe ihnen praktisch vor die Nase gesetzt wird. Unmittelbar vor ihren Fenstern befindet sich nun ein Dach, welches ihnen am Tag das Licht nimmt und bei Nacht mit seiner Beleuchtung ins Wohnzimmer scheint. Auch hier sollte noch nach einer Lösung gesucht werden, denn wir wollen durch diese Neugestaltung nicht dort seit Jahrzehnten wohnende Menschen in ihrer Lebensqualität beeinträchtigen, sondern die Aufenthaltsqualität heben.

Das ist durch dieses Projekt sehr gut gelungen. Dem Projekt muss tatsächlich anerkannt werden, dass es versucht den KJ-Platz von einer Betonwüste zu einer sehr begrünten und klimafreundlichen Innenstadtzone mit einer erhöhten Aufenthaltsqualität zu machen. Es ist alles sehr positiv und im Endeffekt muss angesichts des heutigen KJs gesagt werden, es war eigentlich nur möglich etwas besser zu machen. Dass die Situation dort deutlich besser wird, wünsche ich mir. Aber die Zurückdrängung des ruhenden wie des fließenden Verkehrs hätte ich mir doch gewünscht. Ich möchte die Hoffnung äußern, dass vielleicht in naher Zukunft hier ein Umdenken erfolgt und doch noch eine andere Verkehrslösung als die bestehende gewählt wird.

GR. KR. Schönberger: Zum Thema etwas am KJ zu verändern werden alle Welser sagen es ist der hässlichste Platz, den wir haben. Das ist gut und auch so in Ordnung. Wie man zu dieser Entscheidung kam ist für mich als Gemeinderat nicht ganz in Ordnung. Dass wir in einer Präsentation diese vier Renderings und zwei Pläne vorgestellt bekommen und dann einem 8 Mio. Euro-Beschluss zustimmen sollen ohne im Vorfeld irgendwie eingebunden worden zu sein, finde ich eine große Herausforderung. Kein Mensch würde, wenn er ein Haus errichtet, mit so wenig Information seine Geldtasche öffnen.

Dann zu verweisen, dass StR. Hoflehner für die SPÖ-Fraktion in der Jury gesessen wäre, ist fast schon zynisch. In diesem Gremium galt die Verschwiegenheitsklausel. Es durfte keine Informationen weitergegeben werden, auch nicht an uns Gemeinderäte. Deshalb war unser Informationsstand relativ dünn, weil die Vorgaben dabei von StR. Hoflehner natürlich eingehalten wurden.

Ich fragte mich, warum der Verkehrsstadtrat dieses Projekt präsentiert? Dann fand ich die Lösung. Normalerweise treffen sich auf Plätzen Menschen, aber in diesem Fall treffen sich in erster Linie Busse. Es dreht sich dort alles zentral um die Busse. Das „Rundherum“ ist nur schönes Beiwerk oder Zierde, welches irgendwann einmal dazu führen sollte, dass irgendwann einmal jemand dort verweilt.

Es ist schön dort bis zu zwölf Meter hohe Bäume zu pflanzen, aber glaube das erst, wenn sie wirklich dort stehen. Ich habe schon viele Bäume wachsen und wieder umfallen gesehen. Die Oberfeldstraße wäre ein gutes Beispiel. Wir warten immer noch auf die 32 projektierten Bäume. Laut Plan ist das Projekt schön, aber über Architektur lässt sich immer streiten, dem einen gefällt es, dem anderen nicht. Das ist bei Baukörpern so und wird auch beim KJ so sein. Nur dieser wird immer eine Busdreh Scheibe bleiben. Eine etwas schönere als in anderen Städten, aber es wird nicht mehr werden.

Wie kann man bitte auf diesem Plan am östlichen Teil einen Platz erkennen? Fährt man von der Kreuzung bis zur Karl-Loy-Straße ist hier eine relativ schmale Straße mit einer Tiefgaragenabfahrt. Soll der Platz aufgewertet werden, Herr Bürgermeister, so machen

sie zumindest bis zur Karl-Loy-Straße die Franz-Josef-Straße, weil der Platz erst definitiv dahinter anfängt. Jeder auswärtige Besucher kann beim besten Willen am westlichen Ende keinen Platz erkennen.

Ich hoffe wirklich die Umgestaltung gelingt. 8 Mio. Euro in Zeiten wie diesen sind sehr viel Geld, welches anderweitig verwendet werden könnte, außer für eine „Behübschung“ einer Busdrehseibe. Außerdem soll kommuniziert werden, dass am KJ fast ein Jahr eine ziemliche Bautätigkeit sein und dadurch der Verkehr beeinträchtigt werden wird. Möchte man von der Neustadt zum Stadtplatz, muss man durch das Nadelöhr durch, weil die Roseggerstraße noch immer nicht offen ist. Vielleicht wird dazu noch eine Lösung gefunden, bevor die Bauarbeiten endgültig beginnen.

GR. Wildfellner: Den Worten meines Kollegen schließe ich mich an. Mir gefällt der Plan vom Kaiser-Josef-Platz sehr gut, finde diese 7 Mio. Euro jedoch schon sehr hoch. Für mich sind die Kosten enorm. In den Stadtteilen fehlt uns das Geld. Ich erwarte mir in derselben Geschwindigkeit, mit der Ausdauer und der Power, die hier beim KJ zutage gekommen ist, dass auch in den Stadtteilen die lärm- und verkehrsgeplagten Bürger endlich eine Erleichterung erfahren. StR. Lehner sagte, es soll bei Tag und Nacht ein Platz ansehnlich sein. Das erwarte ich mir besonders im Norden der Stadt. Hier ist die Lärm- und Verkehrsbelastung katastrophal.

In Zukunft soll es keine Umwidmungen ohne Verkehrskonzept und keine Bodenversiegelungen mehr geben. Wir müssen versuchen in den Stadtteilen für die Bevölkerung da zu sein und nicht nur für die „Repräsentationsräume“ in der Innenstadt.

GR. Schäfer, BSc: Wels gestaltet! Am 30. Oktober 1969 wurde erstmals die „Wurstinsel“ samt KJ eröffnet. Mitte der 90-er-Jahre wurde sie grundlegend umgestaltet. Mit dem heutigen Grundsatzbeschluss beschließen wir wieder eine Neugestaltung. Aus den eingereichten Projekten setzte sich ein Konzept durch, welches für ein klares Miteinander von Grünräumen, Aufenthaltsräumen und einem funktionierenden Verkehrskonzept steht. Letzteres ist für Wels das effizienteste und bewährteste Nahverkehrskonzept. Dieses kann mit der Neugestaltung des KJ beibehalten bleiben.

Für die GRÜNEN können nicht genug Bäume gepflanzt werden. Der vor uns liegende Entwurf strotzt nur so vor Grün und ich kann ihnen versprechen, das Mikroklima wird sich dort weiterhin verbessern. Die Welser Luftqualität ist schon jetzt hervorragend und wird sich durch die zahlreichen Bäume weiterhin verbessern.

Ich bedanke mich bei den Referenten aller Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit. Die Welser haben sich neben einem tollen Stadtplatz, neben tollen Fußgängerzonen auch einen schönen modernen Kaiser-Josef-Platz verdient. Dieser ist für Wels ein Aushängeschild und die Drehseibe der Stadt.

GR. Ganzert: Ich erwähnte es bereits im Ausschuss - wir müssen aufpassen welche Bilder wir transportieren. Renderings zu zeigen, über Projekte zu sprechen löst eine hohe Erwartungshaltung in der Bevölkerung aus. Bei der Park & Ride-Anlage am Hauptbahnhof ist das nicht so gut gelungen, denn dort kam der große Aufschrei, weil die Bäume entfernt werden mussten. Es war alles erklärbar, schaffte aber nicht nötigen Ärger, weil es eigentlich ein lobenswertes Projekt ist. Auch bei der Öffnung der Einbahnstraße in der Innenstadt, wo Parkplätze ersichtlich waren, wurden wir von der

Bevölkerung betreffend Parken angesprochen. Im Endeffekt fiel dort sehr viel Parkfläche weg.

Die Menschen haben Probleme mit solchen Projekten, sie können sich nicht damit identifizieren. Deshalb muss darauf geachtet werden, wie solche Bilder gestaltet und wann diese Bilder und Botschaften gesendet werden. Ich hoffe am KJ passieren keine ähnlichen Fehler und die erzeugte Erwartungshaltung kann am Ende umgesetzt werden, damit es nicht zu einer bösen Überraschung kommt.

StR. Hoflehner vermittelte mir glaubwürdig, es handelt sich tatsächlich um eine Steigerung der Aufenthaltsqualität auf diesem Platz für alle Verkehrsteilnehmer. Egal, ob ich mit dem Bus, mit dem Auto durchfahre oder als Fußgänger in der Innenstadt unterwegs bin. Barbara Wildfellner hat Recht, diese Aufenthaltsqualität darf es nicht nur in der Innenstadt geben. Es darf nicht nur dieses Schmuckstück Innenstadt geben. Wir haben eine gesamte Stadt zu verantworten. Es wurde der Norden angesprochen. Aber auch an die Pernau und in der Noitzmühle ist uns das wichtig. Wir dürfen uns ruhig etwas mehr trauen.

Mag. Teubl umschrieb es bereits, die Anträge der GRÜNEN werden jetzt auf einmal ernst genommen. Wir könnten Dinge, wie einen autofreien Stadtplatz, der getestet wird und eine noch multifunktionalere Nutzung unserer Innenstadt ansehen. Sie wird funktionieren, aber wir sind oft sehr zurückhaltend und wollen bei vielen Dingen bleiben.

Auch mich erschreckte die hohe Summe von 7 / 8 Mio. Euro sehr. Mit dieser Summe kann die Bevölkerung nichts anfangen. Das sind Dimensionen, bei denen nicht mehr in gewohnten Einheiten gerechnet werden kann. Deswegen hoffe ich, dass dieser Betrag eingehalten werden kann.

Mit den vielen Bäumen konnte eine Lösung gefunden werden – das freut mich. In den letzten Jahren hörte ich immer wieder es geht nicht, weil sich darunter eine Tiefgarage befindet. Wir sagten es vorhin schon beim Finanzierungsbeschluss: Die Bilder, die Botschaft sind gesetzt und auch wir stehen hinter diesem Lückenschluss einer modernisierten Innenstadt, um die Aufenthaltsqualität zu steigern, um hoffentlich den Kaiser-Josef-Platz in den Köpfen der Bevölkerung zu etwas Schönerem zu machen.

Wir reden sehr viel zur Umsetzung der Dinge im Osten. Es wird aber umso herausfordernder im Mittelteil etwas darzustellen. Nur den Kinderspielplatz zu entfernen, eine blaue Zone zu errichten, ist nicht genug - dort braucht es mehr. In unserer Fraktion wurde unterschiedlich diskutiert. 7 Mio. Euro sind auf der einen Seite viel, aber einige nannten Summen, die um einiges höher waren. Plätze ordentlich zu gestalten kostet einfach so viel Geld. Es soll nicht nur ein Platz sein, der eine Verkehrszone, eine Businsel beinhaltet, sondern der Charakter soll sich über den ganzen Platz erstrecken. Der Franz-Josef wird wieder prominent aufgestellt werden.

Die Teilnehmer des Wettbewerbs konnten sich nur an die Fakten halten. Ich war über Jahre in einer Steuerungsgruppe und habe überlegt, wo diese Busdrehscheibe bzw. welches System es sein könnte. Wir können alles was wir wollen ändern. Dann fallen wir allerdings um das Bekenntnis mit demselben Einsatz der Mittel die Effektivität zu erhöhen. Die Lösung könnten andere Busse, ein anderes Bussystem, andere Haltestellen sein. Aber diese Dinge schränken uns ganz einfach ein.

„The Point of no Return“ ist überschritten und ich habe das Gefühl der Bürgermeister sitzt alleine im Cockpit und ist im Sichtflug. Für diese Summe und die vielen Zahlen ist der Amtsbericht sehr dünn und mich würde es freuen, wenn er uns ins Cockpit, uns die Daten des Autopiloten ansehen lässt und wir auf eine sichere Reiseflughöhe kommen. Ansonsten ist es sehr schwierig alleine im Sichtflug im Cockpit zu sitzen. Ich hoffe, es kommt hier zu keiner Bruchlandung.

StR. Hoflehner: Danke für die vielen Wortmeldungen. Natürlich kann man auf der einen Seite über die gestalterische, technische oder die funktionale Neugestaltung des Platzes sprechen und auf der anderen Seite über Entscheidungsprozesse. Es wurde von vielen Rednern angeführt, dass der Prozess selbst durchaus auch anders – vor allem im zeitlichen Sinne – hätte laufen können.

Es wird immer über Bäume gesprochen. Ist euch bewusst, dass am Kaiser-Josef-Platz schon Bäume sind? Es sind in der Vielzahl vielleicht nicht die repräsentativsten Bäume, aber es sollen neue und andere dazukommen.

Lieber Markus Hufnagl, Kritik ist ein ganz notwendiger Prozess im demokratischen Gestaltungswettbewerb. Das gehört dazu, soll oder kann unterschiedlich sein, kann aber auch konsensual sein. Kritik gehört aus meiner Sicht zum demokratischen Leben eines Vertretungskörpers, wie z.B. dem Gemeinderat der Stadt Wels. Der zeitliche Ablaufplan ist tatsächlich eine Herausforderung, die wir letztendlich annehmen werden.

Zur von Kollegin Scheinecker angesprochen Rainerstraße möchte ich sagen, dass wir vor sechs Monaten noch anders diskutiert hätten. Nicht im Sinne einer Begegnungszone, sondern im Sinne einer Straße. Ich sehe das sehr positiv. Wir sollten uns das bei der weiteren Planung noch ansehen, denn es wäre schade, wenn der Kaiser-Josef-Platz als grüne Vorstadtinsel in einen Asphalt- und Pflasterbereich mündet, weil sonst die ganze Begegnungszone nichts nützt. Hier werden wir gestalterisch noch mehr tun müssen.

Walter, warum die Präsentation des Siegerprojektes verschoben worden ist, kann ich dir nicht beantworten. Ich gehe aber davon aus, dass es noch Umplanungen gab, die in der kurzen Zeit nicht möglich waren. Drei Dächer sind geblieben, die sich nur verschoben haben und „kleiner“ geworden sind, weil der bestehende Abgang zur Tiefgarage, die öffentliche Toilette, der Radabstellplatz und Serviceplatz von diesem Welser Heide inspirierten Dach überdacht werden soll. Ich habe noch nie gesagt, dass sei jetzt die Superlative, bin aber positiv überrascht was die Planer mit einem sehr strikten Vorgabekonzept auf das Papier gebracht haben. Wir haben gute Chancen das letztendlich umzusetzen.

Beim Thema Verkehr sind wir noch nicht am Ende aller Tage. Die Busdrehscheibendiskussion führe ich derzeit nicht mehr. Dazu kann man stehen wie man will, nehme sie aber einmal als gegeben. Ich bin bekanntlich Pragmatiker, ich lebe damit und denke den Planern ist es gelungen dementsprechend zu gestalten, um den Aufenthalt und das Verweilen angenehmer zu machen.

Ich sprach von den planerischen Überlegungen in Richtung Nord-Süd. Das gilt auch für West-Ost. Wir schließen im Westen an das städtebauliche Lokalbahnhofprojekt an. Im

Osten geht es bekanntlich noch weiter mit der Fachhochschule, möglicherweise technischen Universität. Hier sind wir noch lange nicht am Ende angelangt.

Das mit den Renderings ist so eine Geschichte. Der Tiefbau ist davon nicht betroffen. Walter, wenn du dir den Verkehrsplan-Grundriss ansiehst, gibt es für mich doch wichtige Veränderungen betreffend Durchzugsverkehr und ruhenden Verkehr im Ostteil. Beim Mittelteil sind wir noch am Planen. Es gibt dort klarerweise unterschiedliche Interessen – das ist so und soll auch so sein.

Kollegin Wildfellner, Kollege Schönberger ihr habt Recht! Ich sagte einmal am Ende des innerstädtischen Agenda-21-Prozesses würde ich mir wünschen, dass sich dieser Prozess auch auf die Stadtteile ausdehnt. Dazu haben alle sehr freudig genickt. In bestimmten Stadtteilen steht es noch aus. Wir sollten für die Stadtteile mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen – vor allem gegenüber der Innenstadt – nicht stehenbleiben sondern weiterplanen.

Kollege Schäfer, es stimmt, warum sollte man das Verkehrskonzept ändern, wenn es grundsätzlich funktioniert. Wir diskutierten sehr intensiv über die Nord-Süd-Fahrtrichtungen und ich möchte und werde hier noch weiter diskutieren. Bei der Präsentation in den Minoriten hörte ich den Bürgermeister sagen, dass er sich durchaus am Stadtplatz West eine Fußgängerzone vorstellen kann. An diesem Punkt sollte weitergearbeitet werden. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

17.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 403/2.8 (Stadtteil Neustadt)
BauR-269-06-9-2019

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 31.08.2020, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 403/2.8 (Stadtteil Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

18.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Neubau einer Zentralküche der Stadt Wels
Verf-015-I-22-2020

StR. Reindl-Schwaighofer: Wir diskutierten schon sehr ausführlich die Zentralküche in der Stadt Wels für die pädagogischen Einrichtungen. Am Ende der Debatte wollten wir uns das noch einmal ansehen und überprüfen. Ich konnte bei keinem Debattenredner hören, dass er nicht der Meinung ist die einzig wirkliche Alternative ist der Neubau der zentralen Küche. Es ist folgerichtig gemeinsam diesen Antrag zu beschließen, um diesen Doppelbeschluss umzusetzen.

Auf der einen Seite werden die im Dringlichkeitsantrag angeführten dargelegten Dinge überprüft und auf der anderen Seite wird der Magistrat schon mit der Suche nach einem Grundstück beauftragt wie eine Zentralküche aussehen könnte, ob es nicht noch andere pädagogische Einrichtungen in der Stadt gibt, die wir eventuell mit der Zentralküche beliefern könnten. Und auch mit der Frage, ob beim Dienstleistungszentrum Oberösterreich eine Art Kantine errichtet werden soll. Das heißt, wir könnten uns ansehen, wie wir damit auch zusätzliche Märkte und Kundenströme ansprechen.

Es gibt Ganztagesangebote in den Gymnasien, in den Handelsschulen und damit verbunden individuelle Lösungen für die Küche. Es könnten Gespräche geführt werden, ob nicht die Projektierung einer Küche eine andere Dimension hat, weil wir zusätzliche Märkte erschließen. Folgerichtig wäre die Projektierungsmaßnahmen für den Neubau einer Zentralküche der Stadt Wels mit ausreichenden Kapazitäten zur Verpflegung aller Welser Pflichtschulen anzugehen. Ich ersuche um Debatte und Beschlussfassung.

GR. Schäfer, BSc: Die Debatte zum Dringlichkeitsantrag zeigt, es gibt hier noch einiges an Redebedarf. Daher wird die FPÖ-Gemeinderatsfraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

GR. Haböck: Die sehr umfassende Debatte zu Beginn der Sitzung zeigt, dass wir alle das Beste wollen, aber noch nicht im Detail klar ist wie dieses Ziel erreicht werden soll. Deswegen stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung des Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Haböck auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 19) in den zuständigen Ausschuss wird mit

23 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 1 Nein-Stimme (GRÜNE-Fraktion)
und 1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß, Vzbgm. Huber, GR. Taitl, GR. Ganzert, GR. Mag. Schinninger und GR. Mag. Humer sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Ruetz und GR. Zaunmüller haben die Sitzung bereits verlassen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Mag. Daniela Schindler

19.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Änderung der Tarifbestimmungen der Kinderbetreuungs-
einrichtungen der Stadt Wels, Berücksichtigung von Schließtagen
Verf-015-I-21-2020

GR. Mag. Schindler: Wir stellen den Antrag die Tarifbestimmungen der Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Wels zu ändern, dass möglich angeordnete bzw. empfohlene Schließtage bzw. Teilschließungen der Kinderbetreuungseinrichtungen bei der Verrechnung berücksichtigt bzw. bei Nichtinanspruchnahme der Betreuungseinrichtung automatisch gut geschrieben bzw. retourniert werden. Der Hintergrund ist, durch die Covid-19-Krise wurden die Kinderbetreuungseinrichtungen bereits zweimal geschlossen; zuletzt im Zeitraum vom 3. bis 10. Juli 2020. Leider wurden die Empfehlungen des Landes die Gebühren gar nicht erst zu verrechnen nicht umgesetzt und die gesamten Gebühren für die Betreuungszeit verrechnet. Betroffen davon waren Krabbelstubenkinder im Alter bis 30 Monate, Kindergartenkinder in der Nachmittagsbetreuung und Hortkinder. Mittels einer Vorausverfügung zur Abänderung der Tarifordnung hätte man bereits zu diesem Zeitpunkt den darauffolgenden enormen Aufwand umgehen können.

Wir als SPÖ-Fraktion wiesen bereits sehr früh auf eine Rückerstattungsmöglichkeit hin und forderten diese auch ein, worauf die Stadt Wels entsprechend reagierte. Sehr zum Leidwesen der Eltern wurde aber eine Regelung erarbeitet, bei der alle Eltern auf Eigeninitiative eine Gebührenrückforderung stellen sollen. Die Rückforderung der Gebühren für die letzte Teilschließung Anfang Juli ist aus unserer Sicht mit einem nicht zu rechtfertigenden Aufwand sowohl für die Eltern als auch vor allem für die betroffene Abteilung verbunden.

Besonders verblüfft hat uns, dass eine Information der Eltern zu dieser Regelung vorerst ausschließlich über eine Presseaussendung und über ein Facebook-Posting erfolgt ist. Die Eltern haben die ersten zweieinhalb Wochen der Kinderbetreuungszeit der Stadt Wels nicht von dieser Rückforderungsmöglichkeit erfahren. Erst nach einem weiteren Druck unsererseits erfolgte eine breite Information der Eltern am 09.09.2020. Kritiker mögen sagen, dass dies nicht viele Eltern betrifft, dass es nicht um sehr hohe Beträge geht. Aber für uns geht es hier ums Prinzip und vor allem in einer Stadt wie Wels muss der Informationsfluss stimmen.

Aus diesem Grund fordern wir, dass die Tarifordnung entsprechend abgeändert wird. Wir hoffen bei einer künftigen Regelung wird Platz dafür sein auch einzelne Tage der Nichtinanspruchnahme und nicht nur volle Zeiträume zu berücksichtigen. Denn auch in kleineren Landgemeinden kann dieser Punkt sehr wohl abgearbeitet werden. Die Beiträge für einzelne Tage werden rückbezahlt. Die Eltern brauchen und wollen zurecht in einer so angespannten Zeit eine gewisse Planungssicherheit. Nachdem es offenbar erste Signale zur Abänderung der bestehenden Tarifordnung gibt, kann es hoffentlich zum heutigen Zeitpunkt für alle Fraktionen des Gemeinderates nur ein Ziel geben: Rasch für Klarheit sorgen. Deshalb ersuchen wir sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

StR. Josseck-Herdt: Kollegin Schindler, leider waren sie beim letzten Generationenausschuss nicht anwesend, das bedaure ich sehr, sonst hätten wir uns diesen Initiativantrag ersparen können. Vielleicht gibt es ein internes Ranking in der SPÖ, wer die meisten Initiativ- oder Dringlichkeitsanträge einbringt, das kann schon sein. Im Ausschuss erklärte ich dezidiert die Lage wie es juristisch gesehen abgelaufen ist. Wir haben es total richtig gemacht.

Wir haben prüfen lassen was ist möglich, wie können wir trotz dieser zweiwöchigen Sperrfrist den Eltern das Geld refundieren. Gott sei Dank wurde uns von den Juristen eröffnet, dass wir im Rahmen einer Subvention diese Beträge refundieren können. Aber eine Subvention kann ich nur auszahlen, wenn sie auch beantragt wird. Es genügt ein Anruf, es genügt nur den Namen des Kindes zu nennen, dann wird das erledigt. Wir können uns nicht auf die Suche begeben und schauen wer bekommt diese. Ein bisschen Eigeninitiative der Eltern schadet nicht wenn es darum geht ein Gespräch mit der Leitungen der Einrichtung zu führen, denn die Elternabende werden leider von gewissen Eltern sehr selten besucht.

Im letzten Ausschuss erklärte ich dezidiert, dass der Amtsbericht in Arbeit ist, dass wir selbstverständlich diese Änderung vornehmen, weil auch wir diese Unsicherheit nicht wollen. Deshalb haben wir am 05. Oktober 2020 eine Ausschuss-Sitzung, in der die Tarifordnung besprochen, beraten und hoffentlich auch abgesegnet wird. Eines kann ich ihnen jetzt schon sagen, auf eine einzelne Tage-Preisreduzierung werde ich mich nicht hinreißen lassen. Eine Woche ist wirklich sehr fair, noch dazu wenn man weiß, dass auch die rote Stadt Steyr nichts refundiert hat. Wie viele andere Gemeinden auch. Nur in der Stadt Linz spielt das angeblich keine Rolle. Wie gesagt, bei einer Woche behördlicher Sperre wird der Betrag refundiert. Wir sind außerdem den Eltern noch derartig entgegen gekommen in der Zeit, in der die Kindergärten wieder geöffnet wurden. Es wurde von den Kindergartenleitungen jeder Wunsch der Eltern erfüllt, wenn sie wussten sie sind wahrscheinlich in Kurzarbeit und brauchen die Betreuung nicht. Wir haben uns auf alle Wünsche eingestellt, das war Arbeit genug. Das war fair und uns jetzt das Mäntelchen umzuhängen wir sind den Eltern nicht entgegen gekommen, finde ich nicht in Ordnung.

GR. Kroiß: Meiner Vorrednerin kann ich mich nur anschließen. Die Stadt Wels war sehr entgegenkommend gegenüber den Eltern. Manche private Rechtsträger haben die Mitgliedsbeiträge weiterhin eingehoben. Ja es ist so, in manchen privaten Einrichtungen war das so. Ich verstehe jetzt diesen Aufschrei nicht warum wir als Stadt den Beitrag nicht einfordern sollten. Es wurde in den Medien verbreitet wie die Eltern das Geld wieder zurückfordern können. Es geht nur so laut den Statuten. Die Referentin hat das mitgeteilt und darauf hingewiesen, dass im nächsten Ausschuss, der am 05.10.2020 stattfindet, diese Änderung in der Tarifordnung verankert wird. Der jetzige Initiativantrag zeigt uns,

es soll mittels einer Presseaussendung gesagt werden, wir haben das gemacht und jetzt springt die Referentin. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Kroiß auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 20) in den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

GR. Haböck verlässt die Gemeinderatsitzung um 18.47 Uhr.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

20.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Resolution an den Oö. Landtag zur
Novellierung des Oö. Raumordnungsgesetzes
Verf-015-I-19-2020

GR. Mag. Teubl: In Oberösterreich werden täglich 2,2 ha wertvoller Boden für Bau- und Verkehrszwecke umgewidmet. Fast die Hälfte davon wird versiegelt, d.h. durch Bebauung oder Asphaltierung wasserundurchlässig gemacht. Das hat dramatische Folgen für Mensch und Natur. Flächen zur Lebensmittelproduktion, zum Wasserrückhalt und zum Erhalt der Tier- und Pflanzenvielfalt werden dadurch kontinuierlich weniger, Erholungsgebiete gehen Schritt für Schritt verloren und die Auswirkungen des Klimawandels werden dadurch verstärkt. Österreichweit beträgt die aktuelle Flächeninanspruchnahme 13 ha pro Tag. Im aktuellen Regierungsprogramm der ÖVP/GRÜNEN-Bundesregierung steht, dass maximal 2,5 ha pro Tag zusätzliche Flächeninanspruchnahme für Bau- und Verkehrszwecke bis 2030 erreicht werden soll. Was bedeutet das? Das bedeutet für Oberösterreich umgelegt, dass maximal 0,4 ha pro Tag bis 2030 Flächeninanspruchnahme erreicht werden müssen. Die aktuelle Corona-Krise zeigt uns ganz deutlich, dass die Erhaltung der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen von höchster Wichtigkeit ist, um die Lebensmittelversorgung in Oberösterreich sicher zu stellen und möglichst wenig von Importen abhängig zu sein. Das bisher geltende Oö. Raumordnungsgesetz war angesichts der oben genannten Zahlen nicht dazu geeignet die Bodenversiegelung zu reduzieren. D.h. es muss etwas geschehen. Deshalb brachten wir uns mit dieser Resolution ein, weil es nun darum geht, dieses Gesetz zu novellieren.

Uns ist es wichtig, dass bei dieser Novellierung wirksame Vorgaben und Instrumente für einen nachhaltigen Bodenschutz enthalten sind. Vor allem uns Gemeinden kommen durch ein zahnloses Raumordnungsgesetz immer wieder sehr schwierige Situationen

unter. Einerseits wollen wir den Lebensraum für unsere Bürger weitmöglich schützen und Bebauung hintanhaltend, andererseits stehen wir natürlich in einem Wettbewerb mit umliegenden Gemeinden was die Einwohnerzahlen, Kommunal-steuereinnahmen, Bundesertragsanteile usw. betrifft. Das zwingt jede einzelne Gemeinde dazu anders zu agieren als eigentlich aus der Sicht des Bodenschutzes notwendig wäre. Immer wieder werden Supermärkte und Einkaufszentren, Industrie- und Gewerbegebäude vor allem aber auch großflächige Parkplätze auf der grünen Wiese oder einstmals fruchtbarem Ackerland errichtet und so neue Flächen versiegelt.

Wir sind daher davon überzeugt, dass ein wirkungsvolles Oberösterreichisches Raumordnungsgesetz höchst an der Zeit ist. Welche Anforderungen an ein solches Gesetz zu stellen sind haben wir versucht in dieser Resolution zusammenzufassen und ich ersuche sie dieser Resolution die Zustimmung zu erteilen.

StR. Lehner: Danke dem Walter Teubl. Ich nehme an, das ist eine Resolution, welche die GRÜNEN in jeder Gemeinde einbringen. Anders kann ich es mir nicht vorstellen, denn die angeführten Punkte er- und bearbeiten wir in Wels sehr intensiv, d.h. Dinge, die hier stehen, müssen, wenn wir es auf Wels abstimmen, gar nicht da stehen.

Beim ersten Punkt geht es um die verpflichtende Erhebung und Nutzung von Leerständen. Genau das macht das Wirtschaftsservice Wels mit voller Energie. Jede Fläche wird analysiert, können wir sie vermieten, finden wir hier einen Verkäufer, d.h. es wird von der Stadt sehr intensiv bearbeitet.

Der zweite Punkt betrifft den Schutz von Agrarflächen. Du selbst hast beim ÖEK mitgearbeitet. Wir definierten landwirtschaftliche Vorrangflächen und Wildschutzkorridore, es wurden die Bodenfunktionskarten dahinter gelegt. All das ist vorhanden.

Ich habe den dritten Punkt auch schon mitgenommen. Bei den Traunauen usw. gibt es natürlich noch NATURA 2000. Das ist in Wels durchaus bekannt - wir legen auf den Naturschutz entsprechend Wert.

Zur Stärkung des Stadt- und Ortskerns darf ich auf unsere Koalitionsvereinbarung verweisen. Wir haben keine Geschäftsflächen gewidmet - nur ganz kleine Teile, wo es sozusagen um Vergrößerungen ging in den letzten Jahren. Wir kennen dieses Thema, wir halten hier Widerstand. Es gibt oft Wünsche nach weiteren Geschäftsflächen. Wir erteilten diesen Flächenwünschen immer unsere Absage.

Für Handel, Industrie- und Gewerbebetriebe werden im Baubereich entsprechende Tiefgaragenflächen vorgeschrieben. Im Handel und in der Industrie lieber Walter, schau dir an wie im Normalfall die Parkplätze genutzt werden. Ich empfehle hier zum Hofer in der Wimpassinger Straße zu schauen, in die SCW – dort, wo wir alternative Parkkonzepte angeboten und eingefordert haben, werden sie von den Kunden sehr schlecht genutzt. Leider besteht hier nicht das entsprechende Bewusstsein der Bevölkerung, der Kunden. Als Stadt Wels suchen wir das zu unterstützen in allen Bereichen. Auch in Industrie und Gewerbe schauen wir, ob es entsprechende Maßnahmen gibt. Dort, wo es keine Tief- oder Hochgaragen gibt, fordern wir entsprechende Bäume. Pro fünf Parkplätze ist ein Baum zu pflanzen. Das ist wichtig, d.h. wir werden unserer Verantwortung für die Natur durchaus gerecht. Wir können aber nicht

alles machen. Es gibt in diesem Bereich noch Verbesserungspotential, was wir immer wieder diskutieren. Wir lernen gerne dazu.

GR. KR. Schönberger: Danke für euren Antrag. Die SPÖ kann sich in weiten Teilen diesem Antrag anschließen, weil natürlich diese neue Raumordnungsnovelle schon einige Dinge nicht beinhaltet, die wir in der Stadt Wels dringend brauchen würden. Vor allem weil es einige Veränderungen gab, die die Stadt Wels massiv betreffen.

Ich hoffe die Stadt Wels hat zu dieser Raumordnungsnovelle ein Statement abgegeben. Im Ausschuss haben wir das nicht besprochen. Es wäre natürlich nicht unwichtig zu wissen, wie sich die Stadt Wels dazu verhält.

Geht man auf die Oberflächenparkplätze zurück, dann war im 1. Entwurf der Raumordnungsnovelle enthalten, dass die Parkflächen an der Oberfläche wesentlich geringer sein sollen. Die Zahl wurde von den ursprünglichen 50 % auf volle 100 % aufgewertet. Also da wurde schlicht und ergreifend ein Kniefall gemacht.

Man muss natürlich auch sagen, wenn es um die Weiterentwicklung des städtischen Raumes geht, dann kann es nicht sein keine Konzepte dazu anzubieten was Abrisskosten in der Nachverdichtung betrifft. Es kann nicht sein, dass in zentralen Räumen wie Wels noch immer das Bauland auf der grünen Wiese einfacher und billiger ist zu bewirtschaften und zu kaufen, auch wenn die Grundstückspreise nach oben gehen, weil einfach die Abrisskosten in den zentralen Innenstadträumen relativ hoch sind. Auch hier muss man in Zukunft Antworten finden, wenn man nachverdichten will. Da braucht es ein Konzept und es braucht auch ein Konzept auf Landesebene für eine gesetzliche Regelung.

Wir haben das Wirtschaftsservice in Wels. Ja, aber aus eigenen Stücken heraus und nicht gesetzlich verordnet. Dieses kann morgen wieder abgeschafft werden. Wenn ein Gesetzesbeschluss in Erarbeitung ist, dann sollten wir doch möglichst danach trachten diese Dinge gesetzlich zu verankern, weil es eventuell u.a. auch Förderungen geben könnte für solche Institutionen wie das Welser Wirtschaftsservice. Darum wäre es vernünftig, wenn wir uns darüber unterhalten was für die Zukunft für Wels wichtig ist. Nachdem sich Fachexperten offensichtlich darüber schon Gedanken gemacht haben, könnten wir das in einem Ausschuss nochmals ordentlich besprechen und dann wirklich eine Resolution der Stadt mit einer ordentlichen Meinungsbildung der Gemeinderäte und Fraktionen nach Linz schicken.

GR. Wiesinger: Danke an StR. Lehner für seine Aufklärungsarbeit. Das Thema wäre in einem Ausschuss gut aufgehoben und daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 21) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
1 Nein-Stimme (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Ruetz, GR. Zaunmüller und GR. Haböck haben die Sitzung bereits verlassen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Markus Hufnagl

21.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und der NEOS
betreffend Errichtung „cooler“ Haltestellen mit Begrünung
Verf-015-I-17-2020

GR. Hufnagl: Gemeinsam mit der GRÜNE-Fraktion bringen wir heute einen Antrag ein, um in Zukunft Wels klimafreundlichere und optisch schönere und gleichzeitig funktionelle Bushaltestellen zu errichten. In Zukunft sollen bei der Sanierung oder beim Neubau von Bushaltestellen nur mehr „coole“ oder grüne Bushaltestellen errichtet werden. Als Beispiel dienen die neuen „grünen BIM-Haltestellen“ in Wien. Aber auch in anderen Städten in Österreich, in anderen europäischen Städten werden die gleichen Vorhaben umgesetzt bzw. sollen sie umgesetzt werden.

So werden z.B. gerade in Utrecht alle 316 Bushaltestellen begrünt. Diese sollen Lebensräume für Bienen und Hummeln schaffen und gleichzeitig die Feinstaubbelastung reduzieren. Da die Dächer der Bushaltestellen nicht so hoch sind wie viele andere Flachdächer, herrschen durch wenig Wind und gute Sonneneinstrahlung beste Voraussetzungen, um den Insekten ein zusätzliches Nahrungsangebot zu ermöglichen. Pflanzen, wie der Mauerpfeffer, sind bei Insekten sehr beliebt und eignen sich zudem sehr ideal zur Dachbepflanzung, da sie robust, winterhart und resistent sind. Sie haben einen weiteren positiven Effekt, sie filtern Feinstaub aus der Luft und speichern zudem das Regenwasser.

Hannover und Düsseldorf setzen das Utrecht-Konzept bereits um und auch der Berliner Senat beschäftigt sich bereits mit diesem Thema. Sogar in Polen gibt es mehrere Städte mit begrünerten Haltestellen. In Endhoven bestehen seit fünf Jahren solche Haltestellen. Was in diesen Städten möglich ist, sollte doch auch in Wels eine Chance haben. Dabei soll bei uns darauf geachtet werden, dass die Begrünung nicht nur optisch ansprechend, sondern in Folge auch nachhaltig und effektiv ist. Dazu sind integrierte Wasserspeicher zu berücksichtigen, sodass das Regenwasser gespeichert und somit die Pflanzen ausreichend bewässert werden.

Begrünt werden sollen – soweit das möglich ist – das Dach und die Rückseite. Die neuen Haltestellen erhöhen den Wohlfühlfaktor und können dazu beitragen, dass das Nutzungsverhalten erhöht wird. Das heißt, mehr Menschen sind mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs und nutzen das Angebot. Vor allem trägt die vorgeschlagene Maßnahme zur Verbesserung des Mikroklimas bei, denn es wird Schatten gespendet, die

Oberfläche gekühlt, Feuchtigkeit gespeichert und wieder abgegeben und somit die Umgebungstemperatur gesenkt für wartende Nutzer des öffentlichen Verkehrs, aber auch als weitere Verbesserung des Mikroklimas in der näheren Umgebung für die Anwohner.

Begrünte öffentliche Haltestellen tragen auch zur optischen Aufbesserung des Stadtbildes bei und vermitteln Besuchern und Bewohnern ein ökologisches und innovatives Stadtbild, also sind ein Statement, ein Bekenntnis zu Umweltschutz und Modernität.

Wir sprachen heute über die Erneuerung des Kaiser-Josef-Platzes. Auch am KJ werden Teile des Platzes mit einem begrünten Dach versehen. Die „coolen“ Bushaltestellen könnten diesen Ansatz in die Stadtteile hinaustragen. Wir hörten heute, dass wir mehr für die Stadtteile tun sollten. Es wäre eine Idee dieses am KJ gestartete Konzept hinaus in die Stadtteile zu verteilen - in alle Ecken und Winkeln von Wels. Natürlich muss mit der eww ag gesprochen werden und natürlich gibt es Gewerbetreibende und zu klärende Dinge. Aber dennoch könnten wir heute einen Beschluss für diese neuen begrünten Bushaltestellen fassen als Statement für ein modernes Stadtbild und zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und für die Umwelt.

Für alle Interessierten brachte ich noch als Beispiele einige Fotos mit, wie das in Wien aussieht oder in Utrecht genutzt wird. Es sind auch einige Fotos der Welscher Bushaltestellen dabei, die ja nicht recht ansehnlich sind. Auf zwei dieser Fotos ist ersichtlich, seitlich bei den Bushaltestellen Werbung wird für die Stadt Graz gemacht. Ein nicht gerade tolles Bild, was wir als Stadt abgeben wollen. Ich bitte um Diskussion und Beschlussfassung.

GR. Schiefermayr: Wir hörten heute schon von Hobby-Juristen und Hobby-Köchen. Vielleicht brauchen wir zum Abschluss noch einen Hobby-Künstler oder Hobby-Gärtner. Dieser Antrag weist allerdings einen Schönheitsfehler auf, da die Stadt Wels dafür nicht in erster Linie zuständig ist. Der Werbering oder die eww ag wären hier die besseren Ansprechpartner. Daher sollten im Bedarfsfall zuerst diese kontaktiert werden.

GR. Ganzert: Danke den NEOS und GRÜNEN für die Einbringung dieses Antrages. Er passt thematisch tatsächlich in diese Gemeinderatsitzung, zumindest wenn es um die Begrünung der Dächer geht. Das war beim KJ ein ganz großes Argument warum dieses Projekt sehr vielen von uns sehr gut gefällt.

Auch wenn die Begrünung der Haltestellen in vielen Ländern schon sehr erfolgreich umgesetzt wurde bzw. wird, so geht es schon auch noch um die Frage der Zuständigkeit. Es gibt die Eigentümerstruktur (eww ag), die Linie Wels, die in Wels Betreiber sind, und eine Vereinbarung mit dem Werbering.

Graz als zweitgrößte Stadt Österreichs ist eine schöne Stadt und wenn Werbung für Graz gemacht wird, würde ich mich nicht daran stoßen. Ich danke unserer Umweltreferentin Silvia Huber, die schon Mitte August die Umweltbeauftragte aufforderte sich mit den Kollegen in der Stadt Villach zusammzusetzen, um die technischen Möglichkeiten abzuklären bzw. was dazu alles benötigt wird. Es braucht auch eine Einschätzung der Stadtgärtnerei über den tatsächlichen Wartungs- und Pflegeaufwand.

Es muss vor allem mit jenen besprochen werden, die hier die Player sind. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Ganzert auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 22) in den zuständigen Ausschuss wird mit

29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
gegen 1 Nein-Stimme (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Ruetz, GR. Zaubmüller und GR. Haböck haben die Sitzung bereits verlassen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Es war heute eine sehr lange Sitzung, geprägt mit sehr vielen Diskussionen - das gehört zu einer demokratischen Gemeinderatsitzung dazu. Danke für die zahlreichen Wortmeldungen, für die vielen Anträge. Ich wünsche ihnen noch einen schönen Abend – Sitzung geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 16.11.2020 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.